

ZWISCHEN BILATERALISMUS UND REGIONALISMUS: DIE INNENPOLITISCHE DEBATTE ÜBER EINE NEUE POLITISCHE ROLLE JAPANS IN ASIEN

Verena BLECHINGER

1. EINLEITUNG

Das Verhältnis zu Asien und die Frage einer zukünftigen Führungsrolle Japans in der Region prägen die außenpolitische Diskussion in Japan in den 1990er Jahren. Waren die japanischen Außenbeziehungen bisher aufgrund des Kalten Krieges vor allem durch Bilateralismus und eine enge Anlehnung an den Bündnispartner USA geprägt, so brachte das Ende des Ost-West-Konflikts eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen mit sich. Anders als die Bundesrepublik Deutschland, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Anfang an in den europäischen Integrationsprozeß und die sicherheitspolitische Struktur der NATO (North Atlantic Treaty Organization) eingebunden war, kann sich Japan, das über „keine wirklichen Partner in der Region verfügt“ (MAULL 1996: 68), bei der Durchsetzung seiner außenpolitischen Interessen allein auf die Allianz mit den USA stützen. Unter Verweis auf die besondere sicherheitspolitische Lage in Asien, aber auch auf die durch die japanische Kriegsvergangenheit belasteten Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten verzichteten japanische Regierungen bisher weitgehend auf die Verfolgung eigenständiger außenpolitischer Initiativen und orientierten sich an den Vorgaben des amerikanischen Bündnispartners. Dies brachte dem Land, das auf wirtschaftlicher Ebene bereits seit über 20 Jahren den Status einer Weltmacht besitzt, den Ruf eines politischen Zwerges (*political pygmy*, McNAUGHER 1994: 192) oder, freundlicher formuliert, eines „zaghafte Riesen“ (BARING *et al.* 1977) ein, der eine passive und reaktive Außenpolitik verfolge.

Seit dem Ende des Kalten Krieges steigt der innen- und außenpolitische Druck auf die politischen Eliten Japans, eine aktivere internationale Rolle zu übernehmen. Die neuen Rahmenbedingungen sind dabei von sich seit den 1980er Jahren stetig verstärkenden Handelsfriktionen mit den USA ebenso geprägt wie von einem wachsenden Regionalismus in Asien. Die außenpolitischen Entscheidungsträger sehen sich gefordert, Japans Position gegenüber seinem Bündnispartner wie auch die Beziehungen zu den Nachbarn in der Region zu überdenken. Das Verhältnis zwischen Japan

und den USA hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges deutlich verändert. War das militärische Engagement der USA in Japan und Asien bisher an globale strategische Erwägungen geknüpft und eine Präsenz von U.S.-Streitkräften in der Region damit weitgehend sichergestellt, so mehren sich seither die Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit amerikanischer sicherheitspolitischer Zusagen (MCNAUGHER 1994: 192–193). Da in Asien auch nach dem Ende des Kalten Krieges noch immer ein beträchtliches Konfliktpotential vorhanden ist, besteht in Japan, aber auch bei anderen asiatischen Staaten ein beträchtliches Interesse, nicht nur die existierenden Strukturen zu erhalten, sondern darüber hinaus auch auf regionaler Ebene alternative Sicherheitskonzepte zu entwickeln¹. Doch nicht nur Bestrebungen zur Einleitung regionaler Gespräche über sicherheitspolitische Fragen als Ergänzung zum Bündnis mit den USA führte zu einer Annäherung Japans an die asiatische Staatengemeinschaft, sondern auch wachsende Spannungen in den japanisch-amerikanischen Beziehungen. Zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den beiden Partnern hat ein in jüngster Zeit stärker als früher zum Ausdruck gebrachtes japanisches „Unbehagen“ an der Sicherheitspartnerschaft mit den USA (MAULL 1996: 68), das etwa im Zusammenhang mit der Verlängerung der Pachtverträge für amerikanische Militärbasen auf Okinawa deutlich zutage getreten ist (OTA 1997), ebenso beigetragen wie wiederholte Handelskonflikte. Mit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung ist auch das Bindeglied verschwunden, das Japan und die USA im Kalten Krieg fest aneinanderband und einer Eskalation von Meinungsverschiedenheiten entgegenwirkte (CURTIS 1994: 229). Wirtschaftspolitische Konflikte werden seither nicht mehr aufgrund sicherheitspolitischer Erwägungen zurückgestellt, sondern unter großer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in beiden Staaten ausgetragen (vgl. z. B. JANOW 1994).

Im selben Ausmaß, in dem sich das Verhältnis zu den USA seit Anfang der 1990er Jahre problematischer gestaltete, nahmen in der innenpolitischen Debatte in Japan die Forderungen nach einer verstärkten wirtschaftlichen und politischen Integration in die Region zu. Diese wurden durch den seit Ende der 1980er Jahre wachsenden Regionalismus in Asien ange-regt, wie er etwa im Vorschlag des malaysischen Präsidenten Mahathir Mohamad, ein ausschließlich aus asiatischen Mitgliedsstaaten gebildetes wirtschaftliches Kooperationsforum, den sog. East Asian Economic Caucus (EAEC) zu bilden, oder in der Gründung der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation Forums) im Jahr 1989, an der alle Pazifik-Anrainer-

¹ Siehe dazu etwa den Beitrag von HOOK in diesem Band. Vgl. auch MAULL (1996: 69–74).

staaten, auch die USA, beteiligt sind, sichtbar wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben zudem wirtschaftspolitische Fragen in der internationalen Politik zu Lasten militärstrategischer Erwägungen an Bedeutung gewonnen (JANOW 1994: 93). Daraus ergeben sich für die Wirtschaftsmacht Japan neue außenpolitische Gestaltungsmöglichkeiten, die das Potential zur Übernahme einer regionalen Führungsrolle in Asien in sich bergen. Angesichts eines dauerhaft erscheinenden wirtschaftlichen Hochwachstums in Ostasien², das Beobachter von einem kommenden „asiatischen“ oder, in Anlehnung an ein Zitat des früheren US-Präsidenten Theodore Roosevelt, „pazifischen Jahrhundert“ sprechen ließ (vgl. etwa LINGLE 1998 oder KIMMEL 1996). Als Reaktion auf wirtschaftliche Stagnation und protektionistische Tendenzen im Westen diskutierten japanische Politiker, Bürokraten, Wirtschaftsvertreter, Journalisten und Intellektuelle über das „Wirtschaftswunder“ in Asien und die daraus resultierenden Optionen und Strategien für die zukünftige Asienpolitik Japans.

Ziel dieses Beitrags ist es, die innenpolitische Diskussion über Japans Rolle in Asien zu beleuchten und die unterschiedlichen Positionen innerhalb der japanischen Eliten zu analysieren. Geht man davon aus, daß außenpolitische Initiativen das Ergebnis eines pluralistischen Meinungsbildungsprozesses sind, an dem neben politischen Mandatsträgern und Beamten auch gesellschaftliche Interessengruppen und die Medien beteiligt sind, so ist zu fragen, welche Vorstellungen und Zielsetzungen diese Akteure mit einer neuen Rolle Japans in der Region verbinden und welches Szenario einer zukünftigen japanischen Asienpolitik sich daraus ableiten läßt. Der Haltung führender Vertreter der Wirtschaft, wie z.B. den Vertretern japanischer Wirtschaftsverbände und multinationaler Konzerne, kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu. Dies erklärt sich daraus, daß Japan in wirtschaftlicher Hinsicht nicht nur seit langem eine dominierende Position in der Region inne hat, sondern der Bereich der Wirtschaftspolitik sich auch in der Vergangenheit als Wegbereiter für die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen Japans bewährt hat. Während japanische Politiker und Diplomaten unter Verweis auf verfassungsrechtliche Bedenken und die weitgehend unbewältigte Kriegsvorgeschichte noch immer zögern, eine politische Führungsrolle für ihr Land einzufor-

² In diesem Aufsatz wird Ostasien als die Region verstanden, die sowohl Nord- als auch Südostasien umfaßt. Ostasien schließt demnach die Länder Nordostasiens, d.h. Japan, die beiden koreanischen Staaten, die Volksrepublik China und Taiwan ebenso ein wie die Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und Kambodscha. Die Mitgliedsstaaten der ASEAN sind Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen, Brunei, Vietnam, Laos und Myanmar.

dern oder sich auf konkrete diplomatische Ziele festzulegen, die über allgemein gehaltene Absichtserklärungen hinausgehen, treten die Vertreter der japanischen Unternehmen auf internationaler Ebene ohne „Minderwertigkeitskomplexe“ auf (TIDTEN 1993: 36). Sie sind sich des Respekts, den sich Japan durch ökonomische Erfolge als „wirtschaftliches Wunderkind Asiens“ (STOKES und AHO 1994: 131) insbesondere unter den Staaten der Region verschafft hat, bewußt. Es ist daher gerade von seiten der Privatwirtschaft, die im Hinblick auf die Prosperität der eigenen Unternehmen und Investitionen in Asien auch ein gravierendes Interesse an einer einflußreichen Stellung Japans im ostasiatischen Raum besitzt, ein Anstoß hin zu einem auch politisch stärkeren Engagement in der Region zu erwarten. Gerade die seit langem in Asien tätigen japanischen multinationalen Unternehmen verfügen neben einem auch innenpolitisch bedeutenden wirtschaftlichen Potential, das ihren Forderungen Nachdruck verleihen dürfte, auch über intime Kenntnisse der politischen Situation in den Staaten der Region. Aufgrund oft langjähriger Kontakte zu den dortigen Eliten sind sie zudem mit den Einstellungen und Erwartungen, die von asiatischer Seite an Japan herangetragen werden, vertraut. Von diesen Akteuren ist daher auch eine „realistische“ Einschätzung der Möglichkeiten für eine potentielle Führungsrolle Japans in Asien zu erwarten.

Der vorliegende Beitrag gliedert sich wie folgt: Nach einem Überblick über die theoretischen Grundlagen, auf denen dieser Artikel aufbaut, werden die Einflußmöglichkeiten für Interessengruppen aus der Wirtschaft auf Entscheidungsprozesse in den außenpolitischen Institutionen Japans vorgestellt. Anschließend folgen eine Darstellung und Analyse der wichtigsten, von japanischen Meinungsführern vertretenen Positionen zur Rolle Japans in Asien, die auch Schlußfolgerungen über mögliche zukünftige Entwicklungen zulassen.

2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN

Den theoretischen Hintergrund für die vorliegende Untersuchung bildet die u. a. von Peter Katzenstein, Robert Keohane und Joseph Nye vertretene Interdependenz-Theorie (vgl. etwa KEOHANE und NYE 1977), die im Gegensatz zu der in der Disziplin der Internationalen Beziehungen dominierenden Neorealistischen Schule innenpolitische Entscheidungsprozesse in die Analyse einbezieht und nationalen Interessengruppen Einflußmöglichkeiten auf die Außenpolitik eines Staates zugesteht, jedoch nicht, wie der Neopluralismus, eine vollkommene Gleichstellung staatlicher und privater Akteure in der Außenpolitik vornimmt.

Aus der Sicht des Neorealismus stehen die Nationalstaaten untereinander in einem globalen Wettbewerb um Macht und Einfluß, der aufgrund der Abwesenheit einer übergeordneten, regelnden Instanz von „Anarchie“ und permanenten Konflikten geprägt ist. Es wird davon ausgegangen, daß jeder einzelne Staat danach strebt, seine Macht zu vergrößern, seine Souveränität zu bewahren und seine nationalen Interessen gegen die der anderen Staaten durchzusetzen (WALTZ 1970, 1979). Im Zentrum neorealistischer Analysen stehen daher Fragen von Macht und Interesse sowie des Gleichgewichts der Kräfte in der internationalen Staatengemeinschaft. Die wirtschaftliche Kraft eines Staates wird dabei ähnlich wie militärische Stärke als ein – sicherheitspolitischem Potential allerdings nachgeordneter – Machtfaktor gesehen. Staaten werden als einheitliche Akteure betrachtet, und von der Haltung der politischen Entscheidungsträger abweichende Forderungen nationaler Interessengruppen gelten in der Regel nicht als relevant für das Verständnis außenpolitischen Verhaltens. Für eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen staatlichen Institutionen und Interessengruppen auf nationaler Ebene, etwa aus dem Bereich der Wirtschaft, erscheint dieser Ansatz daher ungeeignet (NOWELL 1996: 181–182).

Im Gegensatz zum Neorealismus betrachtet die zweite große theoretische Schule im Bereich der Internationalen Beziehungen, die Interdependenztheorie, Nationalstaaten nicht als unabhängige, auf Autarkie bedachte Einheiten, sondern als Teile größerer regionaler und globaler Beziehungsgefüge, deren Akteure durch wechselseitige Abhängigkeiten untereinander verflochten sind (HUMMEL 1998: 9). Vertreter dieses Ansatzes gehen davon aus, daß entwickelte demokratische Gesellschaften durch pluralistische Interaktionsprozesse zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren innerhalb des politischen Systems geprägt sind. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf nationalen Diskussionsprozessen, die für das Verständnis außenpolitischer Entscheidungen als unabdingbar erachtet werden. Innen- und Außenpolitik gehen dabei ineinander über: Das internationale Verhalten von Staaten kann innenpolitisch motiviert sein, und umgekehrt können politische Strategien auf nationalstaatlicher Ebene die Außenpolitik beeinflussen. Der Interdependenzansatz betont dabei jedoch die Bedeutung der staatlichen Institutionen, die einen bestimmenden Einfluß auf die Akteure im politischen System und die Formulierung ihrer Ziele ausüben. NOWELL beschreibt dies im Zusammenhang mit außenpolitischen Forderungen von Interessengruppen aus der Wirtschaft wie folgt: „The goals of business ‚count‘, but they are significantly determined by the impact institutions have on defining these goals“ (1996: 192).

Damit unterscheidet sich die Interdependenz-Theorie vom neopluralistischen Ansatz, der in der englischsprachigen Fachliteratur auch oft als *business conflict*-Modell bezeichnet wird (vgl. etwa SKIDMORE-HESS 1996). Diese Theorie, die auf pluralistischen Konzepten aus den 1930er Jahren aufbaut³ und heute u.a. von Ronald COX (1996b) und David GIBBS (1996) vertreten wird, stellt die innenpolitischen Interessengruppen insbesondere aus der Wirtschaft in den Vordergrund der Betrachtung internationaler Beziehungen. Ihr Hauptanliegen ist es dabei, Konflikte innerhalb der Wirtschaft, etwa zwischen verschiedenen international aktiven Unternehmen oder bestimmten, exportorientierten Wirtschaftszweigen, herauszuarbeiten und nachzuzeichnen, wie sich diese auf außenpolitische Entscheidungsprozesse auswirken. Analysen, die auf diesem Konzept aufbauen, fragen z.B. danach, wie die Rivalitäten zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren die Politikformulierung etwa im Bereich der Rüstungs- oder Handelspolitik beeinflussen⁴. Durch die intensive Konzentration auf Rivalitäten und Konflikte innerhalb der Wirtschaft tendieren die Vertreter dieser Schule allerdings häufig dazu, die Bestrebungen einzelner Unternehmen bzw. sektoraler oder sektor-übergreifender Unternehmenskoalitionen, staatliches Handeln zu kontrollieren, überzubewerten. Sie laufen damit Gefahr, staatliche Institutionen lediglich als Instrumente im ökonomischen Konkurrenzkampf zu betrachten und ihren Einfluß wie auch die Rolle anderer gesellschaftlicher Interessengruppen zu übersehen (SKIDMORE-HESS 1996, NOWELL 1996: 193). Dies birgt insbesondere im japanischen Kontext, in dem die staatliche Bürokratie, wie gezeigt werden wird, nach wie vor eine starke Position innehat, das Risiko einer verzerrenden Darstellung in sich. Trotz der gerade für die Analyse der Asienpolitik der Wirtschaftsweltmacht Japan sicherlich reizvollen grundlegenden Betrachtungsweise dieses Ansatzes scheint er daher als Ausgangsbasis für die vorliegende Analyse eher ungeeignet.

Die Fragestellung des vorliegenden Artikels baut daher auf den Prämissen der Interdependenz-Theorie auf. Die japanische Außenpolitik nach dem Wegfall der Zwänge des Kalten Krieges wird als Ergebnis weitreichender pluralistischer Entscheidungsprozesse verstanden. Diese basieren auf einem Zusammenspiel von staatlichen Institutionen und

³ Zu nennen sind hier etwa die Arbeiten von R.E. Schattschneider und Charles Beard, vgl. ausführlich zum neopluralistischen Ansatz NOWELL (1996: 192-194) bzw. SKIDMORE-HESS (1996).

⁴ Vgl. dazu etwa die Studie von Gibbs zum Einfluß der Rüstungslobby auf die amerikanische Außenpolitik oder den Aufsatz von Cox über die Koalition verschiedener multinationaler Konzerne in den USA zur Förderung regionaler Handelsabkommen in dem von COX (1996a) herausgegebenen Sammelband.

nationalen Interessengruppen, die durch wechselseitige Abhängigkeiten aneinander gebunden sind. Wie im folgenden näher ausgeführt werden wird, verfügt der private Sektor insbesondere durch die in der Asien-Pazifik Region seit langem tätigen multinationalen japanischen Unternehmen und deren regionale und internationale Vernetzungen über ein beträchtliches politisches Einflußpotential, das sich auch auf die internationale Stellung Japans auswirken kann.⁵ Dennoch sind nach wie vor die staatlichen Institutionen als bestimmend für außenpolitische Entscheidungsprozesse anzusehen. Es ist jedoch zu fragen, wie gerade die japanischen Großunternehmen und Wirtschaftsverbände ihre Ziele in die Diskussion um das zukünftige außenpolitische Verhalten Japans einbringen, welche Einflußmöglichkeiten und Zugangskanäle zu den staatlichen Institutionen sie besitzen und in welche Richtung sie den Politikformulierungsprozeß zu steuern bestrebt sind.

3. EINFLUSSMÖGLICHKEITEN NATIONALER INTERESSEGRUPPEN AUF AUSSENPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

Im folgenden wird untersucht, in welchen Phasen des politischen Prozesses die institutionelle Struktur der mit außenpolitischen Themen befaßten Organe den Kontakt zwischen Interessengruppen und den staatlichen Entscheidungsträgern zuläßt und auf welche Weise etwa die Vertreter des privaten Sektors ihre Zielvorstellungen in die Konzeption und Gestaltung der internationalen Beziehungen Japans einbringen können. Den wechselseitigen Verflechtungen zwischen den einzelnen Akteuren kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu. Es wird gezeigt, daß nicht nur staatliche Institutionen gestaltend auf die Formulierung außenpolitischer Ziele des privaten Sektors einwirken, sondern daß das politische System Japans auch umgekehrt gerade den Interessengruppen aus der Wirtschaft ein breites Spektrum von Möglichkeiten bietet, die Diskussion in den staatlichen Institutionen zu beeinflussen. Zum besseren Verständnis ist es jedoch zunächst erforderlich, die Organe, die in Japan mit der Erarbeitung außenpolitischer Initiativen befaßt sind, vorzustellen und auf Besonderheiten und Probleme in der institutionellen Struktur hinzuweisen.

⁵ Zum Einfluß multinationaler japanischer Unternehmen auf die Wirtschaftspolitik der Staaten Südostasiens vgl. den Beitrag von LEGEWIE in diesem Band.

3.1. Die offiziellen Institutionen der japanischen Außenpolitik

Die Tatsache, daß staatliche Institutionen, insbesondere aus der Ministerialbürokratie, die Außenpolitik maßgeblich gestalten, trifft für die meisten Staaten zu. Für Japan gilt diese Aussage dabei in höherem Maße als für andere Demokratien westlicher Prägung. Insbesondere zur Zeit der von 1955–1993 andauernden Alleinregierung der LDP (Liberal Democratic Party, *Jimintō*), unter dem sog. „55er System“ (*gojūgonen taisaku*), besaßen LDP-Spitzenpolitiker aufgrund permanenter innerparteilicher Machtkämpfe und infolge der vergleichsweise kurzen Bestandsdauer japanischer Regierungen von in der Regel 12–18 Monaten⁶ kaum Möglichkeiten, eigene außenpolitische Konzepte zu entwickeln oder durchzusetzen. Von Ausnahmen wie dem früheren Premierminister Tanaka abgesehen, der von 1972–1974 regierte und deutliche persönliche Akzente auch in der Außenpolitik setzte, blieb die Ministerialbürokratie über lange Jahre aufgrund ihrer Expertise und strategischer Vorteile im Hinblick auf Informationen und Kontakte die bestimmende Kraft in der japanischen Außenpolitik. Die mit außenpolitischen Aufgaben betrauten staatlichen Institutionen übernahmen so die Stellung eines „Wächters“ (*gatekeeper*) über die internationalen Beziehungen Japans (PEMPEL 1977).

Die Struktur der staatlichen Institutionen weist jedoch auch Besonderheiten auf, die es den Beamten erschweren, neue politische Initiativen zu formulieren und umzusetzen. Wie in den folgenden Abschnitten gezeigt werden wird, bieten gerade diese strukturellen Schwächen Zugangswege für Interessengruppen zu politischen Entscheidungsprozessen. Einer der wichtigsten hier zu nennenden Aspekte ist die Teilung der außenpolitischen Zuständigkeit zwischen verschiedenen Ministerien. Anzuführen sind in erster Linie das Ministry of Foreign Affairs (MOFA, *Gaimushō*, Außenministerium), das Ministry of Finance (MOF, *Ōkurashō*, Finanzministerium) und das Ministry of International Trade and Industry (MITI, *Tsūshō Sangyōshō*, Ministerium für internationalen Handel und Industrie). Die zentrale Rolle im Hinblick auf die internationale Politik Japans spielt traditionell das Außenministerium, das für die Gestaltung der diplomatischen Beziehungen verantwortlich zeichnet. Im Bereich der internationa-

⁶ Seit den 1970er Jahren hat sich die durchschnittliche Regierungszeit japanischer Premierminister mit Ausnahme der Premierministerschaft von Nakasone Yasuhiro, die 5 Jahre dauerte, auf etwa 2 Jahre eingependelt. Aus dem Bestreben heraus, bei Wahlen möglichst viele Kandidaten mit Kabinetts Erfahrung aufstellen zu können, nehmen japanische Regierungschefs jedoch etwa jährlich Kabinettsumbildungen vor.

len Wirtschafts- und Finanzpolitik jedoch muß es sich die Kompetenz mit dem MITI und dem Finanzministerium teilen. Darüber hinaus zeigen auch andere Ministerien, wie etwa das Postministerium (Ministry of Posts and Telecommunications, MPT, *Yūseishō*), das Transportministerium (Ministry of Transport, *Un'yushō*) und das Erziehungsministerium (Ministry of Education, *Monbushō*), in einigen Bereichen internationale Ambitionen (CALDER 1997: 8).

Da die japanische Bürokratie in ihrem Aufbau vertikal strukturiert ist⁷ und kaum Querverbindungen zwischen den einzelnen Ministerien bestehen, bildet Sektionalismus, die Tendenz, eigene Kompetenzbereiche zu wahren und auszubauen, eines der Hauptprobleme der japanischen Verwaltung (KOH 1989, LEHMBRUCH 1995, MURAMATSU 1997). Auch im Bereich außenpolitischer Entscheidungsprozesse birgt die Aufspaltung von Zuständigkeiten unter verschiedenen Ministerien Konfliktpotential in sich. Im Bereich der internationalen Beziehungen treten diese zumeist dann auf, wenn bisher überwiegend auf nationaler Ebene tätige Behörden ihre Aktivitäten auf die Regelung internationaler Transaktionen aus ihrem Zuständigkeitsbereich ausweiten wollen, die bislang von anderen Organen betreut worden sind. Da die grundlegende Ressortenteilung in der japanischen Ministerialbürokratie seit 1947 nahezu unverändert geblieben ist, bietet insbesondere die Entwicklung neuer Technologien Anlaß zu Konflikten. Als Beispiel sind etwa die sog. „Telekom-Kriege“ zwischen MITI und Postministerium über die Kontrolle der in den 1980er Jahren aufstrebenden japanischen Informationsindustrie zu nennen (LEHMBRUCH 1995: 13–15).

Rivalitäten und Domänekonflikte sind jedoch nicht nur auf interministerieller Ebene zu finden, sondern erstrecken sich auch auf das Verhältnis zwischen einzelnen Abteilungen innerhalb eines Ministeriums. So weist etwa CALDER (1997: 9–10) auf das Bestehen langjähriger Konflikte zwischen der Nordamerika- und der Asienabteilung des *Gaimushō* hin. Erachtet man den Karrier Hintergrund leitender Spitzenbeamter des MOFA, wie z.B. des aufgrund der engen Anbindung Japans an die USA bedeutenden Posten des Botschafters in den Vereinigten Staaten oder des (administrativen) Staatssekretärs (*gyōmu jikan*) im Außenministerium, als Spiegel für die Hierarchie unter den Abteilungen des MOFA, so scheint sich eine Veränderung in der internen Machtstruktur des Außenministeriums abzuzeichnen: Während bisher traditionell leitende Beamte aus der Nordamerika-Abteilung in diese Positionen berufen wurden, zeigt die Be-

⁷ In der japanischen Fachliteratur wird dies häufig als *nawa no ren soshiki* bezeichnet, als eine Organisationsstruktur, die sich mit einem Vorhang aus einzelnen, parallel herabhängenden Schnüren vergleichen läßt, die außer am obersten Ende nicht miteinander verbunden sind (so z.B. ŌMAE 1995: 335).

rufung des früheren japanischen Botschafters in Malaysia, Kuriyama Takakazu, zum Staatssekretär und später zum Botschafter in Washington eine Stärkung der Asien-Abteilung im MOFA an.

Mögen interministerielle Rivalitäten, Domänekonflikte oder Probleme zwischen den einzelnen Bereichen des Ministeriums auch in anderen Demokratien verbreitet sein, so wirken sie sich im japanischen Kontext besonders negativ auf die Fähigkeit staatlicher Institutionen zur Formulierung außenpolitischer Ziele aus. Während etwa in der Bundesrepublik durch die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers die politische Führung die inneradministrativen Spannungen auszugleichen vermag und der Verwaltung Vorgaben erteilt, ist die Stellung des japanischen Premierministers und seiner Behörde, des Prime Minister's Office (*Sōrifu*) innerhalb der japanischen Verwaltungshierarchie vergleichsweise schwach. Trotz der Veränderungen zur Stärkung dieses Amtes unter Premierminister Nakasone in den 1980er Jahren (vgl. dazu etwa BLECHINGER 1996: 49–53) ist der japanische Regierungschef bei seiner Amtsführung von der Unterstützung und Informationen der Verwaltung abhängig. So setzt sich z. B. der Beraterstab, der den Premier bei der Entwicklung politischer Initiativen unterstützt, aus Beamten zusammen, die für eine bestimmte Zeit von ihren Ministerien freigestellt werden und nach Ablauf dieser Frist wieder dorthin zurückkehren. Diese Spitzenbürokraten verhalten sich auch aus Rücksicht auf ihre weitere Karriere loyal gegenüber ihren Heimatinstitutionen und vertreten auch als Berater des Premierministers im Regelfall die Position ihres Ministeriums (HAYAO 1993: 158–163). Auch auf die personelle Zusammensetzung der Verwaltungselite hat der Premierminister nur begrenzten Einfluß: Zwar ist er gemäß Art. 65–66 der japanischen Verfassung das Oberhaupt der Exekutive und hat das Recht, Minister und Staatssekretäre (*gyōmu* bzw. *seimu jikan*) zu ernennen. Sein Einfluß auf die internen Personalentscheidungen der Ministerien ist allerdings gering, da die einzelnen Ministerien selbst über Beförderungen und Karriereverläufe ihrer Beamten entscheiden.

Auch wenn in jüngster Zeit, etwa durch die Zunahme regelmäßiger Beratungen internationaler Staats- und Regierungschefs z. B. im Rahmen der Gruppe der führenden Industrienationen (G 8) oder der APEC, der internationale Druck auf den Premierminister zunimmt, ein stärkeres außenpolitisches Profil und eine Führungsrolle insbesondere in Fragen der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu entwickeln, sind Veränderungen ohne eine gravierende Reform der Verwaltungsstruktur, wie sie u. a. auch von Premierminister Hashimoto bei seiner Amtsübernahme in Aussicht gestellt und im Sommer 1998 im Parlament beraten wurde, nicht zu erwarten.

3.2. Halbstaatliche Institutionen im außenpolitischen Entscheidungsprozeß

Eine Untersuchung der institutionellen Strukturen japanischer Außenpolitik, die sich ausschließlich auf die Ministerialbürokratie konzentriert, erfaßt nur einen Teil des Beziehungsgefüges, in dem außenpolitische Entscheidungsprozesse angesiedelt sind. Auch die hohe Zahl halbstaatlicher oder, wie CALDER (1997: 2) sie nennt, „para-öffentlicher“ (*para-public*) Institutionen, die ganz oder teilweise von der Ministerialbürokratie finanziert werden und eng mit ihr zusammenarbeiten, sind in die Analyse mit einzubeziehen. Nahezu alle japanischen Ministerien, darunter auch diejenigen, die sich mit außenpolitischen Fragestellungen befassen, verfügen über sog. *gaijaku dantai* [angegliederte Organisationen], die, obwohl sie nominell dem privaten Sektor zuzurechnen sind, öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Ihr Einsatz ist insbesondere in den Fällen gefragt, in denen es dem Ministerium, dem sie nahestehen, aus rechtlichen, politischen oder diplomatischen Gründen nicht möglich ist, selbst aktiv zu werden.

Das wohl bekannteste Beispiel einer solch halbstaatlichen Organisation ist die vom MITI finanzierte und in den Spitzenpositionen mit für die Wahrnehmung dieser Aufgaben freigestellten MITI-Beamten besetzte Japan External Trade Organization (JETRO, *Nihon Bōeki Shinkōkai*). Als Institution zur Förderung des Außenhandels und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen Japans ist die JETRO Teil der außenpolitischen Aktivitäten des MITI und kann die Interessen des Ministeriums auch in Bereichen vorantreiben, in denen etwa aufgrund von Konflikten zwischen MITI und MOFA ein direktes Eingreifen des MITI die Gefahr einer Eskalation interministerieller Spannungen mit sich brächte⁸. Auch das der Zuständigkeit des MITI unterstellte weltweite Netz japanischer Industrie- und Handelskammern (Japan Chamber of Commerce and Industry, *Nihon Shōkō Kaigisho*), die in vielen Ländern, in denen japanische Firmen tätig sind, als Sprecher der japanischen Wirtschaftsinteressen auftreten, gibt dem Ministerium Gelegenheit, seine internationale Agenda zu propagieren.

Ähnlich wie das MITI verfügt auch sein wichtigster Rivale im Wettbewerb um die Gestaltung japanischer Außenpolitik, das Außenministerium, über eine Reihe angegliederter halbstaatlicher Organisationen. Die bekannteste unter ihnen ist die 1972 gegründete Japan Foundation (*Kokusai Kōryū Kikin*), die größtenteils aus staatlichen Mitteln, aber auch durch Spenden aus der Wirtschaft finanziert wird und die sich insbeson-

⁸ Für eine Übersicht über die Geschichte der JETRO und ihre weltweiten Aktivitäten sei z.B. auf die Homepage der JETRO im Internet verwiesen (<http://www.jetro.go.jp/>).

dere im Bereich des internationalen Kulturaustausches, der Förderung wissenschaftlicher Beschäftigung mit Japan und der Verbreitung der japanischen Sprache engagiert. Weiter ist auch die dem Außenministerium angeschlossene, 1974 gegründete Japan International Cooperation Agency (JICA, *Kokusai Kyōryoku Jigyōdan*) zu nennen, die vor allem im Bereich der Entwicklungshilfe aktiv ist⁹.

Neben diesen auf internationaler Ebene aktiven Organisationen verfügen die außenpolitischen Institutionen Japans auch über eigene, ebenfalls in der Regel halbstaatliche *think tanks* zur Beschaffung strategischer Informationen auch im Bereich der Außenpolitik. Aus dem Umfeld des *Gaimushō* sind hier das Japan Institute of International Affairs (JIIA, *Nihon Kokusai Mondai Kenkyūjo*) und das National Institute for Research Advancement (NIRA, *Sōgō Kenkyū Kaihatsu Kikō*) zu nennen. Während es sich bei NIRA um eine wissenschaftliche Einrichtung handelt, die Forschungsprojekte zu politisch relevanten aktuellen Entwicklungen unterhält, deren thematische Spannweite sich von Trends in Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zu Technologie oder Themen aus dem Bereich der internationalen Beziehungen erstreckt, konzentriert sich die Arbeit des auf Initiative des früheren Premierministers Yoshida Shigeru im Jahr 1959 gegründeten JIIA auf die internationale Politik. Unter der Leitung des ehemaligen Staatssekretärs im Außenministerium und früheren japanischen Botschafters in den USA, Matsunaga Nobuo, organisiert das Institut zahlreiche Studiengruppen (*kenkyūkai*) zu aktuellen außenpolitischen Fragen, führt gemeinsame wissenschaftliche Projekte mit Forschungsinstituten und Universitäten im In- und Ausland durch und hält internationale Konferenzen und Symposien ab¹⁰. Das MITI verfügt mit der Japan Economic Foundation (JEF, *Kokusai Keizai Kōryū Zaidan*) über eine ähnlich geartete Organisation, die in erster Linie darauf abzielt, durch Besuchsprogramme, Konferenzen und die Übersetzung fremdsprachlicher Fachliteratur über japanische Wirtschaft die Kommunikation zwischen Japan und seinen Wirtschaftspartnern wie auch das wechselseitige Wissen über einander zu fördern. Durch genauere Kenntnisse der Wirtschaftsstruktur und der Probleme des jeweils anderen Landes soll das Potential für Handelskonflikte

⁹ Eine Zusammenstellung der wichtigsten, dem Außenministerium angeschlossenen Institutionen findet sich auf der Homepage des Außenministeriums im Internet, die auch *links* zu den Internet-Seiten der genannten Organisationen enthält (<http://www2.nttca.com:8010/infomofa/link/orgs.html>).

¹⁰ Beide Institutionen stellen auf ihren Internet-Seiten umfangreiches Informationsmaterial über Organisation, Aufgabenstellung und aktuelle Forschungsprojekte zur Verfügung (vgl. für das NIRA <http://www.nira.go.jp/> und für das JIIA <http://www.ijnet.or.jp/JIIA/>).

verringert und ein für den japanischen Außenhandel günstiges Klima geschaffen werden¹¹.

Diese angegliederten Institutionen und Organisationen ermöglichen es den Ministerien, Informationen und Meinungen zu aktuellen Problemen mit internationaler Relevanz zu erlangen, die in die Formulierung neuer politischer Initiativen Eingang finden. Sie bieten ihnen zudem einen Rahmen, innerhalb dessen sie die von ihnen vertretenen außenpolitischen Leitlinien und Konzepte einem vor allem aus Akademikern und Wirtschaftsvertretern zusammengesetzten Publikum präsentieren und zur Diskussion stellen können. Über die ihnen nahestehenden Forschungsinstitute erhalten die Beamten der japanischen Ministerialbürokratie – etwa im Rahmen internationaler Konferenzen oder Besuchsprogramme – überdies Gelegenheit zum Austausch mit Außenpolitikern aus den Partnerstaaten Japans bzw. mit deren politischen Beratern. Dies wiederum trägt dazu bei, eine genauere Vorstellung von den Erwartungen zu bekommen, die die internationalen Kooperationspartner an Japan stellen.

All diese Kontakt- und Gesprächsmöglichkeiten helfen den staatlichen Akteuren im außenpolitischen Diskussionsprozeß nicht nur, die Stellung ihrer Behörde im interministeriellen Wettbewerb zu verbessern, sondern sie bieten auch Ansatzpunkte zur Pflege von engen Beziehungen mit den dem jeweiligen Ministerium nahestehenden Interessengruppen. Darüber hinaus sind Symposien oder internationale Gesprächskreise auch geeignete Foren für die Beamten, um im In- und Ausland um Unterstützung für politische Initiativen zu werben, die über die Zuständigkeit des eigenen Ministeriums hinausgehen und daher aus Rücksicht auf interministerielle Konflikte nicht auf dem üblichen Weg in den politischen Diskussionsprozeß eingebracht werden können.

3.3. Einflußmöglichkeiten für privatwirtschaftliche Interessengruppen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß

Außenpolitische Initiativen werden in der Regel unter denselben strukturellen Bedingungen erarbeitet und diskutiert, die auch für innenpolitische Meinungsbildungsprozesse gelten. Zwar unterscheiden sich die Bestimmungsfaktoren, d.h. die bei der Debatte zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen und Interessen. Die Form der Diskussion und die Art und Weise, wie politische Ziele und Anliegen in den politischen Prozeß einge-

¹¹ Auch hier ist auf die Homepage der JEF, deren Vorstand unter anderem führende Vertreter der JETRO angehören, zu verweisen (<http://www.jef.or.jp/>).

bracht werden, entsprechen sich jedoch. Für die Untersuchung der Frage, wie privatwirtschaftliche Interessengruppen auf die Entscheidungsträger in der staatlichen Bürokratie einwirken und ihre Anliegen in der Diskussion artikulieren können, erscheint es daher sinnvoll, die Zugangswege, die das politische System Japans den Interessengruppen zur Artikulation ihrer Anliegen bietet, mit in die Überlegungen einzubeziehen. Hier sind insbesondere drei Faktoren zu nennen: Erstens institutionalisierte Kontakte zwischen Verwaltung und Interessengruppen im Rahmen von Beratungsgremien der Ministerialbürokratie (*shingikai*), zweitens enge personelle Verflechtungen zwischen Bürokratie und vor allem großen Unternehmen durch den Übergang von pensionierten Beamten in die Privatwirtschaft (*amakudari*) und drittens die in allen Demokratien übliche Lobbyarbeit bei Parteien und einzelnen, einflußreichen Politikern. Die ersten beiden Bereiche sind im Zusammenhang mit der Analyse innenpolitischer Diskussionsprozesse bereits umfassend bearbeitet worden. Für die vorliegende Studie wird daher ein kurzer, skizzenhafter Überblick als ausreichend angesehen und für weiterführende Informationen auf die zitierte Fachliteratur verwiesen.

Die japanische Ministerialbürokratie hält in der Regel engen Kontakt zu den in ihrem Zuständigkeitsbereich aktiven Interessengruppen. Alle Ministerien unterhalten Beratungskomitees (*shingikai*, *chōsakai*), die den Rahmen für regelmäßige Konsultationen mit Wissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft sowie einflußreichen gesellschaftlichen Gruppen bilden. Diese Gremien sind dazu gedacht, die Behörden mit Informationen über Entwicklungen in ihrem Tätigkeitsfeld zu versorgen und sicherzustellen, daß Regelungsbedarf schnell erkannt wird. Nach Abschluß eines üblicherweise mehrmonatigen Diskussionsprozesses veröffentlichen Beratungsausschüsse ihre Ergebnisse als Arbeitsberichte. Diese bilden anschließend die Grundlage für Gesetzentwürfe. Die Hinzuziehung von Beratungsgruppen soll sicherstellen, daß bei der Erarbeitung politischer Initiativen bereits im Vorfeld ein breites Spektrum an Meinungen berücksichtigt wird. Kritiker merken jedoch an, diese Gremien dienen den Ministerien in erster Linie dazu, bereits erarbeitete Konzepte von den ihnen nahestehenden Interessengruppen „absegnen“ zu lassen und dem Verfahren so einen demokratischeren Charakter zu verleihen (vgl. z.B. SCHWARTZ 1993, 1998).

Für Großunternehmen mit internationalen Ambitionen wie auch für Interessenvereinigungen aus der Wirtschaft ist die Beteiligung an einer *shingikai* etwa im Umfeld des MITI oder MOF eine günstige Gelegenheit, ihre Ziele und Forderungen zu artikulieren und die Formulierung außenpolitischer Initiativen bereits im Planungsstadium mitzugestalten. Darüber hinaus bietet die Beteiligung an einer Beratungskommission den Akteuren auch die Möglichkeit, mit den für ein bestimmtes Thema zuständigen

Ministerialbeamten und den anderen Angehörigen der Kommission über die Beratungssitzungen hinaus ins Gespräch zu kommen und sich so ein Netz von Kontakten aufzubauen, das zur Sammlung von Informationen wie auch zur Werbung für eigene Standpunkte genutzt werden kann.

Der zweite Bereich des politischen Prozesses in Japan, in dem vor allem Ministerialbürokratie und Unternehmen eng miteinander verflochten sind, ist der Wechsel von ehemaligen leitenden Beamten nach der Pensionierung in privatwirtschaftliche Unternehmen (*amakudari*). Dies ist insbesondere unter früheren Spitzenbürokraten aus dem Finanzministerium und dem MITI, die die Rangliste der Behörden mit den meisten *amakudari*-Fällen seit Jahren anführen, weit verbreitet, während dagegen *amakudari* von Beamten des *Gaimushō* eher selten ist. Gerade für multinational tätige Großunternehmen, Banken, Versicherungsgesellschaften oder Handelshäuser bietet die Einstellung von Ex-Beamten aus der Finanz- und Wirtschaftsbürokratie eine Möglichkeit, Zugang zum außenwirtschaftspolitischen Establishment zu erhalten. Ihre neuen Mitarbeiter verfügen aus der Zeit im Ministerium über eine Vielzahl von für das Unternehmen nützlichen Kontakten, und da die noch im aktiven Dienst stehenden Bürokraten im Hinblick auf ihren eigenen Ruhestand auf die Sicherung lukrativer *amakudari*-Positionen für die Zukunft bedacht sind, bietet sich Wirtschaftsvertretern hier eine günstige Gelegenheit, ihre Interessen in außenwirtschaftspolitische Diskussionsprozesse einzubringen (vgl. auch JOHNSON 1995; SCHAEDE 1995).

Die oben erwähnten Möglichkeiten zur Pflege enger Kontakte mit der Ministerialbürokratie stehen dabei vor allem Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden offen, die bereits zur angestammten Klientel eines Ministeriums zählen und oft schon über langjährige Kontakte verfügen. Für neu aufstrebende Unternehmen jedoch bleiben diese Zugangswege zumindest so lange verschlossen, bis sie sich in einem Wirtschaftsbereich etabliert haben. Diesen Akteuren bietet sich daher zunächst nur die Möglichkeit, ihre Interessen durch umfassende Lobbyarbeit bei Parteien und einflußreichen Politikern zu artikulieren, ein Weg, der im übrigen auch von den anderen Akteuren zusätzlich zur Kontaktpflege mit der Verwaltung genutzt wird (BLECHINGER 1998: 212–218). Bis zur Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung bei gleichzeitiger Beschränkung der Spenden an einzelne Abgeordnete im Jahr 1994 waren japanische Politiker auf die finanzielle Unterstützung durch Unternehmen als wichtigste Einkommensquelle angewiesen. Insbesondere die Takeshita-Fraktion in der LDP genoß dabei in japanischen Wirtschaftskreisen aufgrund der Bereitschaft dieser Politiker, im Gegenzug für Spendenzahlungen Abhilfe bei Problemen aus allen Bereichen der Wirtschaft zu schaffen und durch diese Garantie umfangreiche Spendenflüsse an die Fraktion sicherzustellen, den

Ruf eines „allgemeinen Krankenhauses“ (*sōgō byōin*) (BLECHINGER 1998: 181). Auch nach der Einführung staatlicher Zuschüsse an die Parteien werben diese aktiv um Spenden aus der Wirtschaft und bieten Unternehmen und Unternehmensverbänden so Zugangsmöglichkeiten zum politischen Prozeß. Insbesondere die LDP bemüht sich bei der Entwicklung außen- und außenwirtschaftspolitischer Konzepte um Abstimmung mit den ihr nahestehenden Interessengruppen. So führt etwa der Ausschuß für Internationale Beziehungen (*Gaikō Bukai*) der LDP im Vorfeld bedeutender Parlamentsdebatten regelmäßig Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft (CALDER 1997: 19).

Vor allem multinationale Unternehmen und Wirtschaftsverbände sind daran interessiert, Einflußmöglichkeiten auf die Formulierung außenpolitischer Initiativen zu erlangen. Die größte japanische Wirtschaftsvereinigung, *Keidanren* (*Keizai Dantai Rengōkai*, Japan Federation of Economic Organizations), die mehr als 900 Unternehmen, darunter alle großen Konzerne, und 120 Wirtschaftsvereinigungen umfaßt, über die auch die Interessen von Klein- und Mittelbetrieben in die Diskussion einfließen, pflegt dabei besonders enge Kontakte mit der LDP. Der Verband, der an der Gründung dieser Partei im Jahr 1955 maßgeblich beteiligt war, gehört zu ihren wichtigsten Sponsoren (vgl. ausführlich IWAI 1990: 109, 113–117)¹². Vertreter des *Keidanren* treffen sich mit der LDP-Spitze zu regelmäßigen *policy meetings*, in denen sie den politischen Entscheidungsträgern die Interessen und Erwartungen der im Verband zusammengeschlossenen Unternehmen nahebringen. Aufgrund der zahlreichen international tätigen Großkonzerne unter seinen Mitgliedern hat der *Keidanren* dabei ein deutliches Interesse an Fragen der Außen- und Außenwirtschaftspolitik. WORONOFF (1986: 152) beschreibt die Tätigkeit des *Keidanren* im Bereich der Politikformulierung und Lobbyarbeit wie folgt:

[...] it takes a stand on essential issues (...) and emphatically expresses the business view in resolutions and publications. Its meetings, conferences, receptions and other events are attended by ministers and prime ministers and it appoints members to many advisory and deliberating councils or provides information and advice more discreetly to leading politicians and bureaucrats.

Ähnlich wie der *Keidanren* sind auch die drei anderen großen Wirtschaftsvereinigungen Japans, die Japan Federation of Employer's Asso-

¹² Zum Verhältnis zwischen *Keidanren* und den anderen Parteien Japans, insbesondere nach dem Ende der LDP-Alleinregierung im Jahr 1993, vgl. KUBOTA (1997: 127–132).

ciations (*Nikkeiren*), das Japan Committee for Economic Development (*Keizai Dōyūkai*) und die Japan Chamber of Commerce and Industry (*Nihon Shōkō Kaigisho*) bestrebt, die Anliegen ihrer Mitglieder auch im außenpolitischen Diskussionsprozeß zu vertreten und halten deshalb engen Kontakt zu Politik und Verwaltung (ausführlich dazu vgl. KUBOTA 1997: 132–135).

3.4. Internationale Aktivitäten von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden

Die im vorigen Abschnitt genannten Verbände beschränken sich bei ihren Aktivitäten jedoch nicht nur darauf, das Gespräch mit Politikern und Beamten zu suchen, sondern erarbeiten darüber hinaus auch eigene politische Konzepte. So unterhält etwa der *Keidanren* nicht nur zahlreiche ständige Ausschüsse zu aktuellen Fragen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, wie z. B. zum Thema Steuerpolitik, Finanzreform oder, im Hinblick auf die Außenwirtschaftsbeziehungen Japans, den Ausschuß für Internationale Zusammenarbeit, der derzeit vom Präsidenten der Firma Sumitomo Chemical, Kosai Akio, geleitet wird. Der Interessenverband verfügt zudem seit April 1997 über ein eigenes Politik-Forschungsinstitut, das 21st Century Public Policy Institute (*21seki Seisaku Kenkyūjo*), das unter anderem Forschungsprojekte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Japans wie auch zu Fragen mittel- und langfristiger wirtschaftspolitischer Initiativen durchführt und die ständigen Ausschüsse des *Keidanren* bei ihrer Arbeit unterstützt. Das Institut unter der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Tanaka Naoki beschäftigt zur Zeit 21 Wissenschaftler.

Wie die Institutionen der staatlichen Bürokratie, so arbeiten auch die Fachkommissionen des *Keidanren* mit zahlreichen Studiengruppen zusammen, die u. a. mit Journalisten und Wissenschaftlern besetzt sind¹³. Auf diese Weise ist es dem Verband möglich, eigene Politikvorschläge und Programme vorzulegen, die veröffentlicht und zudem den politischen Entscheidungsträgern zur Berücksichtigung bei der Politikformulierung und Ausarbeitung von Gesetzentwürfen zugeleitet werden. CALDER (1997: 18) schreibt dazu:

¹³ Informationen über die Zusammensetzung der Ausschüsse und die Tätigkeit des *Keidanren*-Forschungsinstituts finden sich auf der Homepage des *Keidanren* (<http://www.keidanren.or.jp/>).

[*Keidanren*] had played a key role in Japanese resource diplomacy of the 1970s, helping to organize comprehensive schemes for the development of the Amazon basin and Mexico, for example. For years, it has been central in Japan's relationship with Russia and China.

Ähnlich wie *Keidanren* sind auch die anderen großen Wirtschaftsverbände bestrebt, nicht nur im Bereich der nationalen Wirtschaft und Politik aktiv zu sein, sondern auch auf internationaler Ebene zur Sicherung günstiger Exportbedingungen für japanische Unternehmen beizutragen. Hier ist etwa die *Keizai Dōyūkai* hervorzuheben, in der führende Vertreter japanischer Firmen zusammengeschlossen sind und die sich als Organisation von Individuen und nicht als Verband von Unternehmen versteht. Der Präsident dieser Vereinigung, Ushio Jirō, ist in der Vergangenheit mehrfach auch auf internationaler Ebene aktiv geworden und hat sich z.B. intensiv um die Bereinigung von Handelsfriktionen mit den USA und die Förderung ausländischer Importe nach Japan bemüht oder in öffentlichen Erklärungen zu aktuellen Fragen der internationalen Beziehungen Stellung genommen (*Japan Times* 3.5.1986: 3).

Parallel zu den Aktivitäten der großen Wirtschaftsverbände verfolgt der private Sektor in Japan auch eine eigene Wirtschaftsdiplomatie, die auf regelmäßigen Treffen zwischen Unternehmensvertretern aus verschiedenen Ländern beruht. Diese Konsultationsgespräche, die oft von *Keidanren* betreut werden, dienen als inoffizielle Foren zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen Japans zu bestimmten Ländern und Regionen wie etwa Europa, den USA oder China und fungieren häufig als Vorstufe oder begleitend zu offiziellen Konsultationen (vgl. etwa MASUMI 1995: 296–304). Ein wichtiges Organ mit einer langen Tradition in diesem Bereich ist der Japan-U.S. Business Council, dem Unternehmen aus beiden Ländern angehören, die sich regelmäßig zu Konsultationen treffen und politische Empfehlungen erarbeiten. Der Ausschuss wird von je einem führenden Vertreter der Wirtschaft beider Länder geleitet. Auf japanischer Seite ist dies derzeit der Präsident von Mitsubishi, Makihara Minoru.

Im Zuge der Globalisierung der japanischen Wirtschaft und angeregt durch die in der Zeit der *bubble economy* erzielten Gewinne, errichteten viele Unternehmen mit internationalen Ambitionen in jüngster Zeit eigene Institute zur Beschaffung von Informationen insbesondere über internationale Wirtschaftsbeziehungen und die Situation in der Region Asien. Waren bis in die 1980er Jahre das Nomura Research Institute und das Mitsubishi Research Institute, die 1965 bzw. 1970 gegründet worden waren, nahezu die einzigen privaten *think tanks* in Japan, so haben seitdem insbe-

sondere Unternehmen aus dem Finanzbereich oder Werbeagenturen eigene Forschungseinrichtungen gegründet¹⁴. Zur Sicherung von Kontakten zur Ministerialbürokratie beschäftigen diese Einrichtungen häufig ehemalige Spitzenbeamte.

Viele dieser privatwirtschaftlichen *think tanks* zeigen ein deutliches Interesse an internationalen und regionalen Fragestellungen. So unterhält etwa das Nomura Research Institute nicht nur Filialen in New York, Washington oder Sydney, sondern hat seine Aktivitäten deutlich auf Asien ausgeweitet. Während bereits seit 1977 bzw. 1984 Zweigstellen in Hongkong und Singapore bestehen, wurden in den letzten 4 Jahren Büros in Taipei (1994), Seoul (1995) und Manila (1997) eröffnet. Darüber hinaus arbeitet eine Reihe von privaten japanischen *think tanks* mit Forschungseinrichtungen in Asien, wie z. B. dem Institute for Southeast Asian Studies (ISEAS) in Singapore oder Universitätsinstituten in ganz Asien, zusammen. Das 1991 nach der Verbindung der Mitsui und der Taiyō Kōbe Bank zur Sakura Bank aus den Forschungsinstituten beider Banken gegründete Sakura Institute of Research (*Sakura Sōgō Kenkyūjo*) weist dabei mit einer eigenen Abteilung, dem Center for Pacific Business Studies (*Kantai-heiyō Kenkyū Sentā*), einen besonders ausgeprägten Asienswerpunkt auf.

Durch die von diesen Einrichtungen bereitgestellten Informationen über asiatische und andere ausländische Märkte haben sich international tätige japanische Unternehmen von den Informationen staatlicher Stellen unabhängig gemacht. Dies ermöglicht ihnen nicht nur die Verfolgung ihrer eigenen internationalen Agenda, sondern auch die Ausarbeitung von politischen Vorschlägen, die als Ergänzung oder Gegenvorschläge zu den von den staatlichen Institutionen erarbeiteten Initiativen dienen können.

3.5. Die innenpolitische Situation seit dem Ende des „55er-Systems“ und der außenpolitische Entscheidungsprozeß

Eine Untersuchung der Einflußmöglichkeiten für Interessengruppen auf außenpolitische Entscheidungsprozesse in Japan nach dem Ende des Kalten Krieges muß über die oben genannten Punkte hinaus die innenpolitische Situation nach dem Ende des sog. „55er-Systems“ mit einbeziehen. Konnte das politische System Japans unter der fast 40 Jahre andauernden LDP-Alleinregierung als weitgehend stabil bezeichnet werden (vgl. BLECHINGER 1998), so setzte nach dem Verlust der LDP-

¹⁴ Vergleiche dazu auch den Artikel von REINMÖLLER in diesem Band.

Mehrheit bei den Unterhauswahlen im Jahr 1993 eine Phase wechselnder Koalitionen und damit höherer Instabilität im politischen Machtgefüge ein.

Dies beeinträchtigte den Zugang von Interessengruppen zu außenpolitischen Entscheidungsprozessen auf zweierlei Weise: Zum einen verlangten die insbesondere direkt nach dem Ende der LDP-Regierung einsetzende Reformbewegung im politischen System wie auch der durch zahlreiche Parteieugründungen und -zusammenschlüsse geprägte Umstrukturierungsprozeß in der japanischen Parteienlandschaft die Aufmerksamkeit der politischen Akteure. Wichtige Energien wurden so von der Formulierung internationaler Initiativen abgezogen und auf innenpolitische Fragen umgelenkt. Zudem konnten die neu gegründeten Koalitionsregierungen nicht mehr auf die bewährten Unterstützungsnetzwerke der LDP zurückgreifen. Die neuen Kabinette waren daher verstärkt auf die Unterstützung der Bürokratie angewiesen. Auch diese wandte jedoch ihre Aufmerksamkeit spätestens ab Mitte der 90er Jahre, als eine Reihe von Skandalen im Bereich der japanischen Verwaltung insbesondere das Finanzministerium in Mitleidenschaft zog, verstärkt nationalen Fragen zu (INOUCHI 1997).

Der Regierungswechsel führte darüber hinaus zumindest kurzfristig dazu, daß auch bewährte Zugangskanäle für Interessengruppen zu politischen Diskussionsprozessen nicht mehr verfügbar waren. Auch wenn sich ein großer Teil der neuen Regierungsmannschaft aus ehemaligen LDP-Politikern rekrutierte, die den Vertretern der Wirtschaftsverbände seit langem gut bekannt waren, und somit die Kontakte zur Politik nicht von Grund auf neu geknüpft werden mußten, hatten sich doch durch die Bildung von Koalitionen die „Spielregeln“ geändert. Die Akteure aus der Privatwirtschaft waren gezwungen, ihre Verbindungen zur politischen Führung auf eine neue Basis zu stellen. Infolge dieser Veränderungen entschied sich z.B. der *Keidanren* nach dem Ende der LDP-Alleinregierung, seine Tätigkeit als Vermittler von Unternehmensspenden an politische Parteien zunächst einzustellen (KUBOTA 1997: 192).

Die überwiegend innenpolitische Orientierung der neuen Regierungen und auch ihre Unerfahrenheit wirkten sich auch auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Japans aus. Sowohl japanischen wie ausländischen Beobachtern wurde dieser Wandel im Februar 1994 deutlich vor Augen geführt, als Premierminister Hosokawa mit einem innenpolitisch motivierten „Nein“ zu amerikanischen Forderungen im japanisch-amerikanischen Handelskonflikt Spitzengespräche mit U.S.-Präsident Clinton vorzeitig scheitern ließ. Zu diesem Zeitpunkt waren es die bewährten Strukturen des U.S.-Japan Business Council, die eine Eskalation im Handelskonflikt verhindern konnten. Wenige Tage nach dem fehlgeschlagenten

nen Gipfel führten informelle Gespräche zwischen amerikanischen Regierungsvertretern und Mitgliedern dieses Gremiums dazu, daß die Verhandlungen weitergeführt wurden. Auch während der folgenden offiziellen Verhandlungen zwischen Japan und den USA zur Beilegung des Handelskonflikts fanden parallele Treffen zwischen Vertretern der U.S.-Delegation und japanischen Unternehmensvertretern statt (CALDER 1997: 19).

Dies macht deutlich, daß die japanischen Unternehmen insbesondere im Bereich der Außenwirtschaftspolitik eine entscheidende Position einnehmen, die auch von ausländischen Regierungen erkannt und genutzt wird. Insbesondere in Zeiten außenpolitischer Spannungen und Krisen, in denen offizielle Kontakte gestört sind, erfüllt die Wirtschaft somit eine ergänzende und deeskalierende Funktion in den internationalen Beziehungen Japans.

4. DIE POSITION JAPANISCHER WIRTSCHAFTSFÜHRER IM KONTEXT DER INNENPOLITISCHEN DISKUSSION UM EINE NEUE ROLLE JAPANS IN ASIEN

Im vorigen Abschnitt wurde dargestellt, welche Einflußmöglichkeiten es für Interessengruppen gibt, ihre Anliegen in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß einfließen zu lassen, und es wurde auch gezeigt, welche bedeutende Funktion gerade den Akteuren aus der Wirtschaft im innenpolitischen Diskussionsprozeß insbesondere im Zusammenhang mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen Japans zukommt. Aufbauend auf diesen Ergebnissen werden im folgenden die aus der in den Medien geführten Debatte erkennbaren wichtigsten Positionen in der innenpolitischen Diskussion um eine neue Rolle Japans in Asien vorgestellt. Auch wenn der Schwerpunkt auf wirtschaftspolitischen Aspekten und auf der Haltung japanischer Wirtschaftsvertreter liegt, erscheint es unerlässlich, auch andere Wortführer, wie z.B. Diplomaten, Journalisten oder Intellektuelle, in die Betrachtung aufzunehmen. Dies ermöglicht es, ein abgerundetes Bild der Debatte zu zeichnen und eine Einordnung der von führenden Wirtschaftsvertretern geäußerten Meinungen in den Gesamtkontext der Diskussion vorzunehmen. Da die tatsächlichen Konsultationen zwischen politischen Entscheidungsträgern und Vertretern von Interessengruppen in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, wurde zur Ermittlung der jeweiligen Positionen auf publizierte Stellungnahmen zurückgegriffen. Untersucht wurden japanische Tageszeitungen, Zeitschriften und Buchpublikationen. Bei der Erarbeitung der Position der japanischen Wirtschaft wurden dabei Stellungnahmen von Vertretern der großen Wirtschaftsverbände und der international tätigen Großkonzerne

besonders berücksichtigt¹⁵. Dies basiert auf der Annahme, daß die Vertreter organisierter Interessengruppen nicht nur ihre eigene Haltung zum Ausdruck bringen, sondern dann, wenn sie öffentliche Stellungnahmen abgeben, auch für die Mitglieder ihrer Verbände sprechen. In bezug auf die Rolle, die Japan in Zukunft in der Region spielen soll, konnten dabei vier Grundpositionen, nämlich 1. überzeugte Verfechter eines Aufbruchs nach Asien, 2. traditionelle Bilateralisten, 3. opportunistische Regionalisten und 4. partnerschaftliche Globalisten, herausgearbeitet werden, die im folgenden ausführlich diskutiert werden.

4.1. Die „überzeugten Verfechter eines Aufbruchs nach Asien“

Diese Gruppe hat nicht nur in Japan, sondern auch im Ausland mit dem Argument Aufsehen erregt, Japan sei in erster Linie ein Teil Asiens. Sie betont die Gültigkeit universeller „asiatischer Werte“, die als verbindlich für alle asiatischen Staaten, auch für Japan, angesehen werden, und fordert die japanische Politik dazu auf, den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf Asien zu verlagern und sich in erster Linie als Mitglied der asiatischen Staatengemeinschaft zu verstehen. Beeinflußt vom Gedankengut prominenter Vertreter eines eigenen, vom in die Dekadenz führenden westlichen Modell verschiedenen „asiatischen Weges“ und besonderer „asiatischer Werte“ wie z.B. dem malaysischen Präsidenten Mahathir Mohamad oder dem singapurianischen Beamten Kishore Mahbubani, fordern die Vertreter dieser Gruppe die Japaner auf, auf den Aufstieg ihres Landes zur wirtschaftlichen Weltmacht stolz zu sein. Sie sollten sich zusammen mit den aufstrebenden Volkswirtschaften Ostasiens, die dem Vorbild Japans folgten, zusammenschließen. In Abwandlung eines Zitats von Fukuzawa Yukichi, der zu Beginn der Meiji-Zeit seine Landsleute mit dem Slogan *Datsu A* [Verlaßt Asien!] dazu aufgefordert hatte, sich vom Rest Asiens zu lösen und den Anschluß an den technologisch überlegenen Westen zu suchen (VOGEL 1994: 177), lautet nun ihre Forderung an die Politik, die Bindung an den Westen aufzugeben und sich nun mit der Forderung nach einer „Renaissance Asiens“ (OGURA 1993) auf die eigene asiatische Identität zu konzentrieren.

Der wohl prominenteste Vertreter dieses Ansatzes ist der frühere LDP-Abgeordnete Ishihara Shintarō, der in den 1980er Jahren durch sein, zusammen mit dem Mitbegründer der Firma Sony, Morita Akio, verfaßtes Buch *Das Japan, das „Nein“ sagen kann (NO to ieru Nihon)* international

¹⁵ Zur Frage der Rolle der Medien in der japanischen Außenpolitik vgl. etwa FUJITA (1998) oder KRAUSS (1996).

Schlagzeilen machte. Dieser, auch ins Englische übersetzte Band (ISHIHARA 1991), der nach Aussagen des Ko-Autors Morita, der sich nur wenige Jahre zuvor mit seiner auf Englisch veröffentlichten Autobiographie *Made in Japan* als international gewandter, weltmännischer Unternehmer präsentiert hatte, niemals für den internationalen Markt bestimmt war (LEHMANN 1997: 129), kritisierte die von den Autoren perzipierte japanische Haltung, sich Forderungen der USA im Handelskonflikt zu bereitwillig zu beugen. Die Autoren forderten die Japaner vielmehr zur Herausbildung eines starken nationalen Selbstbewusstseins auf. In Anspielung auf dieses Buch veröffentlichte Ishihara 1995 zusammen mit Mahathir Mohamad den Band *NO to ieru Ajia* [Das Asien, das „Nein“ sagen kann], das unter dem Titel *The Voice of Asia* auch auf Englisch veröffentlicht wurde (MAHATHIR und ISHIHARA 1995).

Ishihara vertritt in diesem Buch die Auffassung, Japan sollte eine neue „Asiatische Wohlstandssphäre“ (*New Asian Co-Prosperity Sphere*, ISHIHARA 1995: 141) errichten. Damit griff er das Konzept der „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ (*Dai Tōa Kyōeiken*) wieder auf, das in der Zeit des japanischen Imperialismus insbesondere von den Militärregierungen vor und während des Zweiten Weltkriegs propagiert worden war (HALL 1968: 336–337). Diente es damals in erster Linie der Rechtfertigung der japanischen Eroberungspolitik in Asien, so soll das von Ishihara heute vertretene Konzept auf Zusammenarbeit aufbauen und von japanischen Investitionen und einer wirtschaftlichen Führungsrolle geprägt sein. Die Kernaussage von Ishihara läßt sich aus dem folgenden Zitat ersehen:

We are an Asian people, ethnically and culturally. (...) As this century draws to a close, we should come home to Asia, our heritage and our future. (...) We can accomplish far more with other Asians than in a “partnership” with Americans. (...) this is the moment of homecoming for Japan: The empires have faded away, replaced by political and cultural self-determination. Asia is resuming its central place on the stage of history. Unless Japanese understand that, we have no role in the unfolding drama (ISHIHARA 1995: 158–159).

Ein etwas gemäßigerer, aber dennoch weit beachteter Vertreter dieser Ansicht ist auch der Diplomat und gegenwärtige japanische Botschafter in Südkorea, Ogura Kazuo, dessen Karriere bisher unter anderem die Position des japanischen Botschafters in Vietnam (1994) und des Staatssekretärs für Wirtschaftsfragen im Außenministerium (1995) umfaßte. In einem in der Monatszeitschrift *Chūō Kōron* im Juli 1993 veröffentlichten Artikel mit dem Titel *Ajia no fukken no tame ni* [Für die Rehabilitation Asiens] (OGURA 1993) befürwortete er die Übernahme „asiatischer Werte“ als Konzept zur Lösung von Problemen wie Umweltverschmutzung, Menschen-

rechtsverletzungen oder den Folgen der Überalterung der Gesellschaft nicht nur für Japan, sondern auf globaler Ebene. Als Mittel zur weltweiten Verbreitung dieser von ihm als überlegen betrachteten „asiatischen Werte“ empfahl er u. a. gezielte japanische und asiatische Direktinvestitionen im Westen sowie Fördermaßnahmen für den Ausbau der japanologischen und asienwissenschaftlichen Forschung im Westen.

Dieser Artikel war nicht die einzige Publikation Oguras, die eine „asianistische“ Tendenz aufwies. Bereits im Jahr 1990 veröffentlichte er ein Buch über kulturelle Unvereinbarkeiten zwischen Ost und West (*Tōzai bunka masatsu*, OGURA 1990) und rief in einem Artikel in der Zeitschrift *Gaikō Fōramu* im Dezember 1992 dazu auf, eine größere Distanz in den Beziehungen zwischen Japan und den USA zu schaffen. Da die Beamten des Außenministeriums zu dieser Zeit noch weitgehend den Ruf besaßen, in der Mehrzahl pro-amerikanisch eingestellt zu sein, zog Ogura mit seinen Äußerungen beträchtliches öffentliches Interesse auf sich. Für die Untersuchung innenpolitischer Tendenzen im Hinblick auf die zukünftigen Beziehungen Japans zu seinen asiatischen Nachbarstaaten erscheint jedoch vor allem die Tatsache beachtenswert, daß ein für seine pro-asiatische Einstellung bekannter Diplomat zum Staatssekretär aufgestiegen ist. Dies kann als Zeichen für eine mögliche Abwendung oder zumindest Relativierung der bislang auf Amerika ausgerichteten Haltung des *Gaimushō* interpretiert werden.

4.2. Die „traditionellen Bilateralisten“

Wo die Verfechter eines „Aufbruchs nach Asien“ die Abkehr von der „traditionellen“ Orientierung japanischer Außenpolitik an den Vorgaben der USA fordern und für eine Verlagerung des Schwerpunkts der Beziehungen auf die Region plädieren, vertritt die Gruppe der „traditionellen Bilateralisten“ die genau entgegengesetzte Meinung. Angehörige dieser Strömung betonen vor allem die Risiken, die eine Abwendung von den bewährten Grundlinien japanischer Außenpolitik mit sich bringen könnte, und die Gefahren, die sich hinter der Asien-Euphorie weiter Kreise der japanischen Gesellschaft verbergen. Die von den Vertretern dieser Gruppe in Magazinen wie *Bungei Shunjū* oder *This is Yomiuri* veröffentlichten Kolumnen und Artikel mögen nicht so publikumswirksam sein wie die Positionen von Ishihara oder Ogura, es ist jedoch anzunehmen, daß insbesondere im *Gaimushō*, aber auch unter den überwiegend in den USA aktiven Wirtschaftskreisen Unterstützung für diese Position vorhanden ist.

Die Anhänger dieser Haltung, zu denen etwa der frühere Leiter der Asien-Abteilung im MOFA und ehemalige Staatssekretär Ikeda Tadashi

oder der Präsident der staatlichen Tōkyō University of Foreign Studies (*Tōkyō Gaikokugo Daigaku*), Nakajima Mineo, der bereits mehrfach Forschungsprojekte im Auftrag des *Gaimushō* durchgeführt hat, zählen, verweisen vor allem auf das in Asien vorhandene Konfliktpotential. Unter Betonung der kulturellen, ethnischen und religiösen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern der Region verweisen sie auf Territorialstreitigkeiten und die Unvereinbarkeit der verschiedenen politischen und Wirtschaftssysteme in Ostasien. Besonders betont wird auch die Gefahr, die ihrer Meinung nach von der Volksrepublik China für die Länder Ostasiens ausgeht. Die etwa von NAKAJIMA (1995) und NODA (1996) entwickelten Szenarien betrachten die Volksrepublik China als destabilisierenden Faktor in der Region, der entweder durch das Auseinanderbrechen des Staates aufgrund wirtschaftlicher oder politischer Probleme oder durch die Errichtung einer hegemonialen Struktur in der Region Asien ins Chaos stürzen und den Weltfrieden gefährden könnte.

Unter diesen Umständen sei es für Japan am besten, die bisherigen außenpolitischen Grundlinien aufrechtzuerhalten und insbesondere die Beziehungen zu den USA zu bewahren und auszubauen. Darüber hinaus wird ein verstärktes Engagement Japans in multilateralen Organisationen als maßgeblich für seine zukünftige Außenpolitik angesehen. Auch die Politik Japans in internationalen Organisationen sollte jedoch an die der USA gekoppelt sein. Zur Verbesserung des japanisch-amerikanischen Verhältnisses werden dabei insbesondere Maßnahmen zur Öffnung japanischer Märkte für ausländische Investitionen und zur Deregulierung der japanischen Wirtschaft vorgeschlagen. Eine japanische Führungsrolle in Asien sei nur in Abstimmung mit und in Anlehnung an den Partner USA wünschenswert (NODA 1995).

4.3. Die „opportunistischen Regionalisten“

Die beiden oben vorgestellten Gruppen vertreten die beiden Extrempositionen in der Diskussion um eine zukünftige Rolle Japans in Asien. Dem Betrachter fällt es daher leicht, die Stellungnahmen und Publikationen ihrer Vertreter entweder dem einen oder dem anderen Lager zuzuordnen. Die Mehrheit der an der Debatte beteiligten Politiker, Wirtschaftsvertreter und Journalisten liegt jedoch in ihrer Einstellung zwischen diesen beiden Polen und steht einer stärkeren Integration des asiatischen Wirtschaftsraums wie auch einer herausragenden Rolle Japans in der Region grundsätzlich positiv gegenüber. Als Unterscheidungsmerkmal bietet sich jedoch die mit dieser Haltung verbundene Motivation an. Während es den als „opportunistischen Regionalisten“ zu bezeichnenden Meinungsfüh-

ren in erster Linie um die Lösung innerjapanischer Probleme durch eine engere Bindung an Asien geht, kann es als die Zielsetzung der „partnerschaftlichen Globalisten“ angesehen werden, über eine rein regionale Perspektive hinauszugehen und eine führende Rolle für Japan als Vermittler zwischen Asien und dem Westen zu etablieren.

Wie angedeutet, befürworten die „opportunistischen Regionalisten“ eine engere Anbindung Japans an die anderen Staaten Ostasiens vor allem aus der Überlegung heraus, daß dies zur Lösung nationaler Probleme beitragen könne. Eine solche Haltung vertrat etwa der Kritiker und Bühnenautor Yamazaki Masakazu bei einer am 6. Juni 1998 von der Tageszeitung *Yomiuri Shinbun* im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe *Tōkyō Colloquium* abgehaltenen Podiumsdiskussion zur Rolle Japans in Asien. Yamazaki setzte sich im Verlauf der Diskussion für eine enge Zusammenarbeit der asiatischen Staaten ein, plädierte für eine Öffnung des japanischen Marktes für die Produkte asiatischer Unternehmen und betonte insbesondere die Notwendigkeit, das japanische Erziehungssystem für Studenten aus asiatischen Ländern zugänglicher zu machen. In seiner Begründung für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erklärte er, wie die japanische Gesellschaft von einer engeren Annäherung an Asien profitieren könne:

(...) to cope with the problems of an aging society and a decreasing population due to declining birth rates, we will have no choice than to make “new Japanese” of those who are not Japanese nationals now. (...) Japan will have to rely upon new residents from abroad, begging them to contribute to our social security funds. We can not afford to continue discussing measures for internationalization of open society in a half-hearted manner (*Daily Yomiuri* 11.6.1998: 18).

Eine weitere, als opportunistisch zu bezeichnende Position gegenüber einer zukünftigen japanischen Rolle in Asien wurde 1996 vom Vorstand der Firma Mitsui in den USA, Terajima Minoru, in einem Artikel in der Zeitschrift *Chūō Kōron* vorgebracht. Terajima betont dabei insbesondere die Notwendigkeit für Japan, engere Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen. Er begründet dies mit strategischen Erwägungen. Nach seiner Auffassung seien Veränderungen in den Beziehungen im Dreieck zwischen Japan, den USA und China in der Vergangenheit jeweils von einem Paradigmenwechsel in der außenpolitischen Grundausrichtung begleitet gewesen. Annäherungen zwischen Japan und China hätten regelmäßig eine Abkühlung in den Beziehungen zwischen Japan und den USA zur Folge gehabt, und umgekehrt bewirkte eine Intensivierung des Verhältnisses zwischen China und den USA eine Verschlechterung im Bereich der japanisch-amerikanischen Beziehungen. Als Vertreter eines japanischen Unternehmens in den USA gibt Terajima an, seit Beginn der

1990er Jahre eine Intensivierung der Kontakte zwischen den USA und China wahrnehmen zu können. Er ruft daher die japanische Politik auf, ihrerseits eine China-Initiative zu unternehmen, da Japan sonst aus dem politischen Prozeß der Neuordnung Asiens und damit auch von einer strategisch günstigen Position auf den asiatischen Märkten ausgeschlossen sein könnte (*Bungei Shunjū* 1996: 124).

Die Vertreter dieser Gruppe befinden sich in der japanischen öffentlichen Diskussion über die Rolle Japans in Asien in der Minderheit. Dennoch ist anzunehmen, daß ihre Standpunkte auch von Vertretern der im folgenden dargestellten, stärksten Gruppe innerhalb der Debatte geteilt werden.

4.4. Die „partnerschaftlichen Globalisten“

Die letzte Gruppe innerhalb der öffentlichen Diskussion zur zukünftigen japanischen Rolle in Asien repräsentiert die herrschende Meinung insbesondere unter den führenden Vertretern der japanischen Wirtschaft. Die hier zusammengefaßten Positionen stimmen alle darin überein, daß es für Japan unabdingbar erforderlich ist, sich in der Region stärker zu engagieren. Dieses deutlichere Engagement soll jedoch nicht in einen Bruch mit den bewährten Grundprinzipien der japanischen Außenpolitik seit 1945 münden. Die Anhänger dieser Sichtweise stimmen mit den „traditionellen Bilateralisten“ dahingehend überein, daß sie an den Prinzipien der gegenwärtigen japanischen Außenpolitik festhalten wollen. Auch sie betonen die in den kulturellen, politischen, ethischen und wirtschaftlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten der Region verborgenen Gefahren, die sich im Falle einer zu engen Anbindung an die Länder Ostasiens für Japan ergeben könnten. Die in ihren Augen ideale Position für Japan ist daher die eines Vermittlers zwischen asiatischen Staaten und anderen Teilen der Welt. Japans Stellung als wirtschaftliche Supermacht und Mitgliedsstaat der G 8 könnte einer solchen Funktion dabei ebenso dienlich sein wie seine seit dem Zweiten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen im Bereich der internationalen Politik. Japans Führungsrolle in Asien könnte daher nach Auffassung der Anhänger dieser Position darin bestehen, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit der Staaten Asiens sowohl auf regionaler wie auch auf globaler Ebene zu fördern. Japan könnte damit die Tatsache, daß es weder ein „westlicher“ noch ein „asiatischer“ Staat sei, optimal nutzen. Durch eine mögliche Vermittlerrolle würde sich Japan einen Platz im Zentrum regionaler Integrationsprozesse sowohl in Ostasien als auch in der gesamten asiatisch-pazifischen Region, die neben den Ländern Ostasien auch andere wichtige

Pazifik-Anrainerstaaten, etwa die USA, Australien und Neuseeland umfaßt, sichern. Auf diese Weise wäre es zudem in der Lage, zukünftige Entwicklungen in eine für die japanischen Wirtschaftsinteressen günstige Richtung zu beeinflussen.

Die Grundhaltung der japanischen Wirtschaft wird z.B. aus Stellungnahmen des früheren *Keidanren*-Vorsitzenden und Präsidenten der Toyota Motor Corp., Toyoda Shōichirō, deutlich. In seiner Zeit als Chairman des *Keidanren* betonte er bei verschiedenen Gelegenheiten, wie wichtig eine Balance zwischen einer Fortsetzung und Verbesserung der nach wie vor wichtigsten außenpolitischen Beziehung Japans zu den USA und einem verstärkten politischen und wirtschaftlichen Engagement in Asien für die japanische Außenpolitik sei. So verwies Toyoda z.B. in einem Interview mit der Tageszeitung *Japan Times* im Januar 1995 auf die hohe Priorität, die einer Zusammenarbeit mit den USA auch im Hinblick auf die Entwicklung der Asien-Pazifik-Region zukomme. Er wies dabei insbesondere Aussagen zurück, der *Keidanren* befürworte die Errichtung des vom malaysischen Präsidenten Mahathir vorgeschlagenen East Asian Economic Council (EAEC), eines nur asiatischen Staaten offenstehenden wirtschaftspolitischen Forums:

The U.S. should not worry about such a scheme because it is only a small caucus in APEC and has no decision-making power. We have no plans to join forces with other Asian countries to oppose the U.S. in this region (*Japan Times* 1.1.1995: 4).

Gegenstand japanischer außenwirtschaftspolitischer Initiativen in Asien sollten, neben der intensiven Zusammenarbeit mit den USA vor allem die Intensivierung des Technologietransfers nach Ostasien und die Öffnung japanischer Märkte für asiatische Produkte sein. Japan soll nach Ansicht Toyodas die Staaten Asiens beim Ausbau ihrer Volkswirtschaften unterstützen und eine horizontale Arbeitsteilung mit den Ländern der Region anstreben. Toyoda kündigte 1995 zudem eine Reihe von *Keidanren*-Missionen in verschiedene Länder Ostasiens an (*Japan Times* 1.1.1995: 4), die in der Folge zusammen mit einer Reihe von durch *Keidanren* in Japan veranstalteten internationalen Konferenzen einen wichtigen Bestandteil der außenpolitischen Aktivitäten des Verbandes in Asien darstellten.

Die Betonung einer notwendigen Balance zwischen der Anbindung an die USA und einem verstärkten Engagement in Asien kann als kennzeichnend für die Position des *Keidanren* in den 1990er Jahren betrachtet werden. Toyoda und sein Vorgänger an der Spitze des *Keidanren*, Hiraiwa Gaishi, der dem Verband nun als Ehrenvorsitzender vorsteht, haben regelmäßig entweder auf die Gefahr hingewiesen, die USA würden ihr Interesse von Japan abwenden und sich mehr auf Europa konzentrieren, so

daß die japanischen Unternehmen unter dem Phänomen des *Japan passing* zu leiden hätten (*Japan Times* 10.2.1996: 12), oder im Gegensatz dazu ein verstärktes Engagement Japans in Asien eingefordert. So hat etwa Hiraiwa auf der bereits erwähnten Diskussionsveranstaltung der Tageszeitung *Yomiuri Shinbun* betont, auf asiatischer Seite würde bereits der Vorwurf laut, Japan sei nicht mehr länger ein Teil Asiens (*Daily Yomiuri* 11.6.1998: 18). Angesichts der Tatsache, daß *Keidanren* als größter japanischer Wirtschaftsverband Unternehmen und Wirtschaftsvereinigungen aus allen Bereichen der japanischen Volkswirtschaft vertritt, unter denen sich auch viele Firmen befinden, die einer verstärkten Öffnung japanischer Märkte für asiatische Produkte oder einer zu starken Konzentration der internationalen Aktivitäten des Verbandes auf Asien kritisch gegenüberstehen, erscheint diese Haltung der internen Struktur des *Keidanren* und seinem Interesse, als Sprecher der gesamten japanischen Wirtschaft aufzutreten, angemessen.

Während Toyoda seine Position selbst in dem bereits zitierten Interview als „offenen Regionalismus“ bezeichnet hat (*Japan Times* 1.1.1995: 4), plädiert der Präsident der Firma Fuji-Xerox, Kobayashi Yotarō, der bis Juni 1997 als japanischer Vertreter an der Spitze des U.S.-Japan Business Council vor allem im Bereich der japanisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen aktiv war, für eine Re-Asianisierung Japans. Auf einem Seminar der *Keizai Dōyūkai* im Juli 1989, das sich mit Fragen der nationalen Identität Japans und der Verständigung mit den Wirtschaftspartnern in Asien befaßte, betonte Kobayashi, daß Japan sich erst als Teil Asiens verstehen müßte, bevor man über Internationalisierung sprechen könne (*Nihon Keizai Shinbun* 21.7.1989: 5). Bei anderen Gelegenheiten warnte Kobayashi japanische Unternehmer vor Arroganz gegenüber asiatischen Wirtschaftspartnern und wies darauf hin, daß diese Japan bereits in einigen Wirtschaftsbereichen überholt hätten (*Nikkei Sangyō Shinbun* 25.3.1997: 2). Kobayashi ist im Bereich der japanischen Wirtschaft einer der aktivsten Propagandisten eines verstärkten japanischen Engagements in Asien. Dies scheint auf den ersten Blick verwunderlich, da er nicht nur über lange Zeit eine der führenden Personen im U.S.-Japan Business Council gewesen ist, sondern darüber hinaus auch während seiner Ausbildung und im Verlauf seiner beruflichen Karriere viele Jahre in den USA verbracht hat (vgl. auch KIMURA 1997: 62).

Man kann hier argumentieren, daß es für Kobayashi als Einzelperson leichter ist, in der öffentlichen Diskussion seine eigene Meinung zu vertreten, als etwa für den *Keidanren*-Vorsitzenden, der immer bestrebt sein muß, Positionen einzunehmen, die von der Mehrheit der Mitglieder geteilt werden können. Es ist anzunehmen, daß die Ansichten Kobayashis von einem großen Teil der japanischen Wirtschaftsvertreter geteilt wer-

den. Darauf deutet etwa sein im Zusammenhang mit einem Treffen des U.S.-Japan Business Council im Februar 1995 geäußelter Kommentar hin, es sei schwierig gewesen, im Hinblick auf die Errichtung des EAEC zu einer gemeinsamen Erklärung mit den amerikanischen Gesprächspartnern zu kommen, da die Vertreter der japanischen Wirtschaft grundsätzlich die Einrichtung eines solchen Gremiums befürworteten, während die amerikanischen Partner eine Ablehnung forderten (*Japan Times* 15.2.1995: 1). Kobayashi ist trotz seines starken Einsatzes für einen Ausbau der japanischen Aktivitäten in Asien dem Lager der „partnerschaftlichen Globalisten“ zuzurechnen. Wie er selbst im Juli 1997 in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des U.S.-Japan Business Councils erklärte, hält er die weitere Zusammenarbeit mit den USA für unverzichtbar. Er sieht es jedoch für ebenso unerlässlich an, Asien in allen zukünftigen Gesprächen über die japanisch-amerikanischen Beziehungen einzuschließen (*Nihon Keizai Shinbun* 22.3.1997: 2).

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Anhand der oben dargestellten Positionen läßt sich feststellen, daß auf seiten der japanischen Wirtschaft die Bereitschaft und der Wille besteht, eine stärkere politische und wirtschaftliche Integration Japans in Asien herbeizuführen und zu diesem Zweck auf die Gestaltung der japanischen Außenpolitik gegenüber den Ländern der Region Einfluß auszuüben. So wies etwa der Präsident der *Keizai Dōyūkai*, Ushio Jirō, bereits 1996 auf der Asian Economic Experts Conference in Tōkyō auf die Bedeutung wirtschaftlicher Kontakte für die Formulierung zukünftiger außenpolitischer Initiativen hin. Er betonte, wohl auch im Hinblick auf die Diskussion um „asiatische Werte“, daß die Gesetze des Marktes die einzigen gemeinsamen Regeln seien, die sich auf lange Sicht als Bindeglied zwischen Japan und den anderen Staaten in Asien heranziehen ließen (*Japan Times* 21.5.1996: 1). Ein weiterer Hinweis auf die Bereitschaft japanischer Wirtschaftskreise, sich aktiv an der Gestaltung der zukünftigen Beziehungen Japans zu den Ländern der Region zu beteiligen, sind die seit Mitte der 90er Jahre zunehmenden Aktivitäten von Wirtschaftsvereinigungen, die Zahl der asiatischen Studenten in Japan zu erhöhen und auf internationaler Ebene die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Asien zu fördern. Hier ist etwa auf die weitreichende finanzielle Unterstützung der japanischen Wirtschaft für das Projekt einer Ritsumeikan Asia Pacific University in Oita zu verweisen, die 1999 eröffnet werden soll. Studenten und Dozenten dieser neuen Universität sollen dabei zum Großteil aus den asiatischen Nachbarstaaten kommen (*Asahi Shinbun* 21.5.1996: 6). Interes-

sant erscheint in diesem Zusammenhang auch die vom *Keidanren* unterstützte Initiative des von Mitsubishi Präsident Makihara Minoru geleiteten Harvard Japan Committee, Spenden in Höhe von 21 Millionen US-\$ für den Ausbau der Asienwissenschaften an der Harvard Universität zu sammeln (*Japan Times* 12.6.1996: 14).

Kommt man auf die in Abschnitt 2 dargestellten theoretischen Überlegungen zurück und fragt nach den Implikationen, die diese Debatte für das Verständnis japanischer Politik in Asien mit sich bringt, so wird deutlich, daß japanische multinationale Unternehmen und Wirtschaftsverbände ihre Möglichkeiten, auf Entscheidungsprozesse innerhalb der mit außenpolitischen Fragen befaßten Institutionen Einfluß auszuüben, nicht nur aktiv nutzen, sondern daß sie darüber hinaus bestrebt sind, durch Einleitung eigener Initiativen die staatliche Außenpolitik zu ergänzen und neue Richtungen vorzugeben. Gerade das Beispiel der japanischen Asienpolitik zeigt, daß außenpolitische Richtungsentscheidungen nicht (mehr) allein von staatlichen Institutionen getroffen werden, sondern in einem durch wechselseitige Verflechtungen zwischen den einzelnen Akteuren bestimmten, pluralistischen Meinungsbildungsprozeß zustande kommen.

Für die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses Japans zu Asien lassen sich drei Prognosen treffen. Erstens ist davon auszugehen, daß auch in Zukunft die Beziehungen zu den USA im Zentrum außenpolitischer Aktivitäten Japans stehen werden. Dies gilt auch für den Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik, in dem die USA als größter Absatzmarkt für japanische Produkte nach wie vor eine zentrale Stellung einnehmen. Zum zweiten ist aber auch davon auszugehen, daß Asien in den internationalen Beziehungen Japans eine zunehmend wichtige Rolle spielen wird. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bedeutung Asiens für Japan und die Notwendigkeit, in multilateralen Foren wirtschaftspolitische Probleme zu lösen und so Krisen bereits im Vorfeld zu verhindern, noch einmal deutlich vor Augen geführt. Darüber hinaus zeichnet sich drittens eine einflußreichere Rolle von Interessengruppen aus der Wirtschaft bei der Formulierung außenpolitischer Ziele und Initiativen ab. International tätige Unternehmen und Wirtschaftsverbände werden zunehmend als Informationslieferanten für die staatlichen Institutionen an Bedeutung gewinnen und mit Hilfe ihrer eigenen internationalen Netzwerke die offizielle Außenpolitik ergänzen und erweitern. Sie werden zudem zur Herausbildung einer japanischen Führungsrolle in Asien beitragen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Asahi Shinbun* (21.5.1996): Ritsumeikan Ajia taiheiyō daigaku ni shien so-shiki [Die Unterstützungsorganisation für die Ritsumeikan Asien-Pazifik Universität], S. 6, Abendausgabe.
- BARING, Arnulf, Masamori SASE, Manfred GÖRTEMAKER und Ulrich LINS (Hg.) (1977): *Zwei zaghafte Riesen? Deutschland und Japan seit 1945*. Stuttgart, Zürich: Belser.
- BLECHINGER, Verena (1996): Reformfieber (Gyōkaku Fība) oder Opportunismus? Zur Diskussion über die Verwaltungsreform in Japan. In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien der Philipp Franz von Siebold Stiftung* 7, S. 31–70.
- BLECHINGER, Verena (1998): *Politische Korruption in Japan. Ursachen, Hintergründe und Reformversuche*. Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr. 291.
- BUNGEI SHUNJŪ (1995): Ajia shugi wa kiken ka ina ka – Nihon no tai-Ajikan o kangaeru tame no kiso chishiki [Ist der Asianismus gefährlich oder nicht? Grundwissen zur Beurteilung der japanischen Asien-Sicht]. In: BUNGEI SHUNJŪ (Hg.): *Nihon no ronten 1996* [Themen für Japan 1996]. Tōkyō: Bungei Shunjū, S. 154–155.
- CALDER, Kent (1997): The Institutions of Japanese Foreign Policy. In: GRANT, Richard (Hg.): *The Process of Japanese Foreign Policy. Focus on Asia*. London: Royal Institute of International Affairs, S. 1–24.
- COX, Ronald W. (Hg.) (1996a): *Business and the State in International Relations*. Boulder, Oxford: Westview Press.
- COX, Ronald W. (1996b): Explaining Business Support for Regional Trade Agreements. In: COX, Ronald W. (Hg.): *Business and the State in International Relations*. Boulder, Oxford: Westview Press, S. 109–127.
- CURTIS, Gerald (1994): Meeting the Challenge of Japan in Asia. In: CURTIS, Gerald L. (Hg.): *The United States, Japan, and Asia. Challenges for U.S. Policy*. New York, London: W.W. Norton, S. 216–252.
- Daily Yomiuri* (11.6.1998): What Japan should do vis-à-vis Asia in the 21st century, S. 18.
- EVANS, Peter, Dietrich RUESCHEMEYER und Theda SKOCPOL (Hg.) (1985): *Bringing the State Back In*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- FUJITA, Hiroshi (1998): Television and Foreign Policy in the 1990s. In: *Japan Review of International Affairs* 12, 2, S. 77–92.
- GIBBS, David N. (1996): The Military-Industrial Complex, Sectoral Conflict, and the Study of U.S. Foreign Policy. In: COX, Ronald W. (Hg.): *Business and the State in International Relations*. Boulder, Oxford: Westview Press, S. 41–56.

- GRANT, Richard (Hg.) (1997): *The Process of Japanese Foreign Policy. Focus on Asia*. London: Royal Institute of International Affairs.
- HALL, John Whitney (1968): *Das japanische Kaiserreich*. Frankfurt/Main: Fischer.
- HAYAO, Kenji (1993): *The Japanese Prime Minister and Public Policy*. Pittsburgh and London: University of Pittsburgh Press.
- HUMMEL, Hartwig (1998): *Pax Nipponica? Global Hegemony and Japan in IR Theory*. Vortrag auf dem Symposium „The Global Meaning of Japan: European and Asian Perspectives“, University of Sheffield, 20.–22. März 1998 (unveröffentlichtes Manuskript).
- IKEDA, Tadashi (1994): *Ajia shugi de nai Ajia gaikō o* [Für eine japanische Außenpolitik ohne Asianismus]. In: *Gaikō Fōramu*, 2 (Februar), S. 52–60.
- INOUCHI, Takashi (1997): Japanese bureaucracy: coping with new challenges. In: JAIN, Purnendra und Takashi INOUCHI (Hg.): *Japanese Politics Today. Beyond Karaoke Democracy?* New York: St. Martin's Press, S. 92–107.
- ISHIHARA, Shintarō (1991): *The Japan that Can Say No: Why Japan will be First Among Equals*. New York: Simon and Schuster.
- ISHIHARA, Shintarō (1995): Co-Prosperity in the 21st Century. In: MAHAATHIR, Mohamad und Shintarō ISHIHARA: *The Voice of Asia. Two Leaders Discuss the Coming Century*. Tōkyō: Kodansha, S. 133–159.
- IWAI, Tomoaki (1990): *Seiji Shikin no Kenkyū* [Parteienfinanzierung]. Tōkyō: Nihon Keizai Shinbunsha.
- JANOW, Merit E. (1994): Trading with an Ally: Progress and Discontent in U.S.-Japan Trade Relations. In: CURTIS, Gerald L. (Hg.): *The United States, Japan, and Asia. Challenges for U.S. Policy*. New York, London: W.W. Norton, S. 53–95.
- Japan Times* (3.5.1986): Japanese leaders want Summit to focus on exchange, debt issues, S. 3.
- Japan Times* (1.1.1995): U.S. tops Keidanren '95 agenda, S. 4.
- Japan Times* (15.2.1995): Execs seek more decontrol efforts, S. 1.
- Japan Times* (10.2.1996): Execs not totally convinced about prospects for future, S. 12.
- Japan Times* (21.5.1996): Conferees urge Japan to take initiative for Asia prosperity, S. 1.
- Japan Times* (12.6.1996): Harvard asks Asian studies funds, S. 14.
- JOHNSON, Chalmers (1995): The Reemployment of Retired Government Bureaucrats in Japanese Big Business. In: JOHNSON, Chalmers: *Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State*. New York, London: W.W. Norton, S. 141–156.
- KEOHANE, Robert O. und Joseph S. NYE (1977): *Power and Interdependence: World Politics in Transition*. Boston: Little, Brown.

- KIMMEL, Adolf (Hg.) (1996): *Vor dem pazifischen Jahrhundert?* Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Band 14. Baden-Baden: Nomos.
- KIMURA, Takayuki (1997): Japan-U.S. Relations in the Asia-Pacific Region. In: GRANT, Richard (Hg.): *The Process of Japanese Foreign Policy. Focus on Asia*. London: Royal Institute of International Affairs, S. 37–71.
- KRAUSS, Ellis (1996): Media Coverage of U.S.-Japanese Relations. In: PHARR, Susan und Ellis KRAUSS (Hg.): *Media and Politics in Japan*. Honolulu: University of Hawaii Press, S. 243–273.
- KOH, Byung Chul (1989): *Japan's Administrative Elite*. Berkeley, Los Angeles, Oxford: University of California Press.
- KUBOTA, Akira (1997): Big business and politics in Japan, 1993–1995. In: JAIN, Purnendra und Takashi INOBUCHI (Hg.): *Japanese Politics Today. Beyond Karaoke Democracy?* New York: St. Martin's Press, S. 124–143.
- LEHMANN, Jean-Pierre (1997): Japanese Attitudes Towards Foreign Policy. In: GRANT, Richard (Hg.): *The Process of Japanese Foreign Policy. Focus on Asia*. London: Royal Institute of International Affairs, S. 123–141.
- LEHMBRUCH, Gerhard (1995): Ressortautonomie und die Konstruktion sektoraler Politiknetzwerke. Administrative Interessenvermittlung in Japan. In: BENTELE, Karl-Heinz et al. (Hg.): *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften. Fritz W. Scharpf – Festschrift zu seinem 60. Geburtstag*. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 64–100.
- LINGLE, Christopher (1998): *The Rise and Decline of the Asian Century. False Starts on the Path to the Global Millennium*. Seattle: University of Washington Press.
- MAHATHIR, Mohamad und Shintarō ISHIHARA (1995): *The Voice of Asia. Two Leaders Discuss the Coming Century*. Tōkyō: Kodansha.
- MASUMI, Junnosuke (1995): *Contemporary Politics in Japan*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- MASUZOE, Yōichi (1995): Außenpolitik gegenüber Amerika und Asien. In: *Japan Echo* 1, 1995, S. 4–5.
- MAULL, Hanns W. (1996): Von Europa lernen? Die Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur im ostasiatisch-pazifischen Raum. In: KIMMEL, Adolf (Hg.): *Vor dem pazifischen Jahrhundert?* Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Band 14. Baden-Baden: Nomos, S. 63–87.
- MCNAUGHER, Thomas L. (1994): U.S. Military Forces in East Asia: The Case for Long-Term Engagement. In: CURTIS, Gerald L. (Hg.): *The United States, Japan, and Asia. Challenges for U.S. Policy*. New York, London: W.W. Norton, S. 184–215.
- MENDL, Wolf (1995): *Japan's Asia policy. Regional Security and Global Interests*. London und New York: Routledge.

- MURAMATSU, Michio (1997): Post-war Politics in Japan: Bureaucracy Versus the Party/Parties in Power. In: MURAMATSU, Michio und Frieder NASCHOLD (Hg.): *State and Administration in Japan and Germany. A Comparative Perspective on Continuity and Change*. Berlin, New York: Walter de Gruyter, S. 13–37.
- NAKAJIMA, Mineo (1995): „Nitchū ippentō’ kara dasshi, Nichibei o jiku ni gurōbarizumu o mosaku subeshi [Wir müssen uns von der Politik „ausschließlich freundlicher Beziehungen zur Volksrepublik China“ lösen und nach einem Globalismus streben, der die japanisch-amerikanischen Beziehungen ins Zentrum stellt]. In: BUNGEI SHUNJŪ (Hg.): *Nihon no ronten 1996* [Themen für Japan 1996]. Tōkyō: Bungei Shunjū, S. 150–153.
- Nihon Keizai Shinbun* (21.7.1989): Dōyūkai seminā hajimaru – Kobayashi Fuji kuserokusu shachō, hoshu nitōron o tenkai [Das Seminar der Keizai Dōyūkai beginnt – zu Beginn gab es eine Rede des Präsidenten von Fuji Xerox, Herrn Kobayashi, zur Theorie der Herausbildung zweier konservativer Parteien], S. 5.
- Nihon Keizai Shinbun* (22.3.1997): Nichi-Bei-Ō iinkai ga kaimaku [Der Vorhang für die Trilaterale Kommission öffnet sich], S. 2, Abendausgabe.
- Nikkei Sangyō Shinbun* (25.3.1997): Ajia Taiheiyō de shinkōkoku to kyōryoku kyōka, Nichi-Bei-Ō iinkai Tōkyō sōkai ga heimaku [Der Vorhang fällt für die Trilaterale Kommission – Für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den NIEs im Asien-Pazifik-Raum], S. 2.
- NODA, Nobuo (1995): Kiken na Ajia shugi no taitō [Das Auftreten eines gefährlichen Asianismus]. In: *This is Yomiuri*, Januar 1995, S. 154–169.
- NODA, Nobuo (1996): Ajiateki konton o ikinobiru chie – jiko no aidentiti o kakuritsu seyo [Wissen, um das asiatische Chaos zu überleben – Laßt uns unsere eigene Identität entwickeln!]. In: BUNGEI SHUNJŪ (Hg.): *Nihon no ronten 1997* [Themen für Japan 1997], Tōkyō: Bungei Shunjū, S. 114–117.
- NOWELL, Gregory P. (1996): International Relations Theories: Approaches to Business and the State. In: COX, Ronald W. (Hg.): *Business and the State in International Relations*. Boulder, Oxford: Westview Press, S. 181–197.
- OGURA, Kazuo (1990): *Tōzai bunka masatsu* [Kulturelle Friktionen zwischen Ost und West]. Tōkyō: Chūō Kōronsha.
- OGURA, Kazuo (1993): Ajia no fukken no tame ni [Für eine Renaissance Asiens]. In: *Chūō Kōron*, 7 (Juli), S. 60–73.
- ŌMAE, Ken’ichi (1995): Kōeki o kaeriminai kanryō no moraru hazādo ga sōban Nihon o chimbotsu saseru [Die von einer Bürokratie ohne Rücksicht auf das öffentliche Interesse ausgehende moralische Gefahr wird Japan früher oder später ins Verderben führen]. In: BUNGEI SHUNJŪ (Hg.): *Nihon no ronten 1996* [Themen für Japan 1996]. Tōkyō: Bungei Shunjū, S. 334–337.

- OTA, Masahide (1997): Supreme Court of Japan Testimony on U.S. Troop Presence. In: *JPRI Critique* 4, 2 (April), S. 2–6.
- PEMPEL, T. J. (1977): Japanese Foreign Economic Policy: The Domestic Bases for International Behaviour. In: *International Organization*, Herbst, S. 723–774.
- SCHAEDE, Ulrike (1995): The „Old-Boy“ Network and Government-Business Relationships in Japan. In: *Journal of Japanese Studies* 21, 2, S. 293–317.
- SCHWARTZ, Frank Jacob (1993): Of Fairy Cloaks and Familiar Talks: The Politics of Consultation. In: ALLINSON, Gary D. und Yasunori SONE (Hg.): *Political Dynamics in Contemporary Japan*. Ithaca and London: Cornell University Press, S. 217–241.
- SCHWARTZ, Frank Jacob (1998): *Advice and Consent: The Politics of Consultation in Japan*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- SKIDMORE-HESS, Daniel (1996): Business Conflict and Theories of the State. In: COX, Ronald W. (Hg.): *Business and the State in International Relations*. Boulder, Oxford: Westview Press, S. 199–216.
- STOKES, Bruce und C. Michael AHO (1994): Asian Regionalism and U.S. Interests. In: CURTIS, Gerald L. (Hg.): *The United States, Japan, and Asia. Challenges for U.S. Policy*. New York, London: W.W. Norton, S. 122–139.
- TAKENAKA, Heizō (1995): Nihon wa Ajia Taiheiyō jidai no ‚guryū‘ to nare [Japan muß das Bindeglied im asiatisch-pazifischen Zeitalter werden]. In: *Asuteion*, Herbst, S. 30–50.
- TIDTEN, Markus (1993): Eine neue Rolle für Japan in Asien. In: DRAGUHN, Werner (Hg.): *Asien nach dem Ende der Sowjetunion. Die Auswirkungen des Zerfalls der sowjetischen Großmacht auf Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der asiatischen Staaten*. Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr. 221, S. 22–42.
- VOGEL, Ezra F. (1994): Japan as Number One in Asia. In: CURTIS, Gerald L. (Hg.): *The United States, Japan, and Asia. Challenges for U.S. Policy*. New York, London: W.W. Norton, S. 159–183.
- WALTZ, Kenneth N. (1979): *Theory of International Politics*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- WALTZ, Kenneth N. (1970): The Myth of National Interdependence. In: KINDLEBERGER, Charles P. (Hg.): *The International Corporation*. Cambridge, Mass.: MIT Press, S. 205–226.
- WORONOFF, Jon (1986): *Politics the Japanese Way*. Basingstoke, London: Macmillan.